

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf., Platzvorkosten ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltoralftr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Warum Verstaatlichung?

Die Zechenbesitzer geben noch immer keine Ruhe. Es genügt ihnen nicht, daß die letzte Notverordnung für die Kumpels einzelner Reviere ein soziales Ausnahmegericht schuf. Sie fragen den Teufel danach, daß die Bergleute die schwerste und mühseligste Arbeit verrichten. Was sie allein interessiert, ist ihr Profit. Und wenn dieser Profit gefährdet ist, dann werden sie wild. Im Interesse dieses Profits würden sie den Kumpel ganz zu Tode schinden. Sie wollen ihn mit den niedrigsten Löhnen heim schicken, möchten ihm am liebsten seine Pensionsversicherung ganz nehmen, sehen in dem höchsten Urlaub, den er sich in der Nachkriegszeit erkämpft hat, sozialen Luxus, den wir uns heute nicht mehr leisten könnten und fordern eine Lohn- und Sozialpolitik, die dieser ihrer Auffassung gerecht würde.

Jede Gelegenheit, die ihnen zur Durchführung ihrer Forderungen geboten ist, nützen sie aus. Man darf wohl damit rechnen, daß sie in den meisten Fällen, in denen im Laufe des Jahres die auf Grund der letzten Notverordnung neugeschaffenen Lohnsätze kündbar werden, von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch machen, um eine weitere Lohnsenkung zu versuchen. Daß sie grundsätzlich auf weitere Verschlechterung des Lebensverhältnisses der Kumpels aus sind, beweist ja schon der Versuch der Ruhrzechenbesitzer, dem Ruhrkumpel seinen Urlaub, wenigstens zum Teil, zu rauben. Daß das nicht gelungen ist, ist lediglich Verdienst der Bergarbeiterorganisationen. Die Organisationen der Bergarbeiter, vor allem unser Verband, sind deshalb den Zechenherren ein Dorn im Auge. Wenn sie die Macht hätten, würden sie uns einfach glatt verbieten. Da das vorerst nicht geht, lassen sie ihren Unmut gegen die Organisationsmacht weitmöglichst an den Funktionären in den Betrieben aus.

Aber sie wissen, daß sie auch damit nicht gegen uns durchkommen. An dem Opferwillen und Kampfesmut der Verbandsfunktionäre prallt jegliche Unterdrückungspolitik der Zechenherren ab. Die Arbeiterschaft hofft eben, daß auch diese Zeit vorübergeht und mit dem Wachstum ihrer

organisatorischen Macht die Herrenpolitik der Schlotbarone immer mehr verdrängt werden muß. Aus allen Revieren wird uns gemeldet, daß gerade zur Zeit ein heißes Ringen tobt zwischen den Zechenbesitzern, vertreten durch ihre willfährigen Beamten, und den organisierten Bergarbeitern, vertreten durch die bekannten Funktionäre und aktiv in der Bewegung wirkende Mitglieder. Die Krise ist dem Unternehmer hierbei ein guter Verkündeter. Unvermeidbare Arbeiterentlassungen werden oft dazu benutzt, um diesen oder jenen Funktionär als „lästiges Element“ loszuwerden. Bei Einstellungen wiederum wird möglichst darauf geachtet, daß nur „stübenreine“ Elemente zuerst genommen werden. So tobt ein unsichtbarer, aber ununterbrochener regelrechter sozialer Kleinkrieg, in dem ungezählte beste Kräfte körperlich und seelisch zermürbt zu werden drohen, wenn das als Dauerzustand bestehen oder gar lange anhalten sollte.

Die Bergarbeiterorganisationen selbst können und dürfen deshalb ihrerseits nicht tatenlos der weiteren Entwicklung auf diesem ganzen Gebiete zusehen. Wir verlangen absolute Gleichberechtigung aller Arbeiter im Betrieb und müssen jeder Benachteiligung der organisierten Bergarbeiter härtesten Kampf ansagen. Wir können aber auch nicht dulden, daß die Zechenherren jetzt in der Krise den Versuch machen, der Arbeiterschaft immer mehr Opfer aufzuhängen ohne Rücksicht auf deren soziale Lebenslage, die heute schon für große Teile fast untragbar geworden ist. Hier gibt es eine Grenze, über die die Arbeiterschaft sich nicht kampflös hinausdrängen lassen kann. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß das Gros der Kumpels schon hart an diese Grenze herangerückt ist. Die Bergarbeiter müssen deshalb zu entscheidenden Taten rufen. Das organisierte und geschulte Proletariat weiß aber heute, daß solche entscheidenden Taten nicht etwa durch eine sogenannte Knüppelstrategie vollbracht werden können, sondern allein durch den Kampf um die machtpolitische Kommandobrücke, die auf Grund des heutigen Privateigentumsrechts auch im Bergbau nur den Zechenbesitzern selbst vorbehalten ist.

Verstaatlichung und Christentum.

Unser Verband, dessen Kampfeswille und Kampfziel aus sozialistischer Wirtschaftsauffassung entstanden sind, war sich seit seiner Gründung bewußt, daß diese Frage um die Eroberung der Kommandobrücke irgendwann in absehbarer Zeit akut werden muß. Es ist die Auffassung, die uns früher oft als „sozialistischer Irrsinn“ vorgeworfen wurde, wonach im Privatkapitalismus der Privatbesitzer von großen Wirtschaftsunternehmen, auf einer bestimmten Stufe der Wirtschaftsentwicklung, die vorhandenen Produktivkräfte im Interesse des privatkapitalistischen (Profit-) Wirtschaftens nicht mehr zu meistern versteht, und daß sein Wirtschaften damit zu einer sich stets steigenden Gefahr für das soziale Lebensverhältnis der Arbeiterklasse werden muß. Und weil wir wußten, daß das nicht nur sozialistische Theorie ist, sondern etwas, was das praktische Leben einmal vor allen Menschen offenbar werden lassen wird, deshalb kämpften wir ja auch für demokratische Kampfesfreiheit, um dann, wenn die Mehrzahl des Volkes unsere sozialistische Lehre in der Praxis bestätigt findet, mit dieser Mehrzahl auch die notwendigen Maßnahmen durchsetzen und die Gefahren von dem schaffenden Volke abwenden zu können.

Die Entwicklung hat diese unsere Kalkulation als richtig bestätigt. Die Privatzechenherren offenbaren immer mehr, daß sie auf der heutigen Entwicklungsstufe der privatkapitalistischen Gesellschaftswirtschaft die materielle Existenz der Bergarbeiterschaft nicht mehr zu sichern vermögen. Im Gegenteil, ihr ganzes Streben und ihre ganze Wirtschaftskunst erschöpft sich darin, über eine fortschreitende Verschlechterung der sozialen Lebensbedingungen der Kumpels die Weiterfunktion ihres Wirtschaftsmechanismus zu sichern. Das ist nicht nur eine Tatsache, die heute auch der nicht-sozialistische Arbeiter und Arbeiterführer einsehen, sondern auch eine Tatsache, die von den Zechenbesitzern ganz offen zugegeben wird, zwar mit der Ergänzung, daß wir auf diesem Wege zu einem neuen Wirtschaftsaufstieg gelangen können.

Vorerst glaubt das letztere aber kein Mensch. Jeder weiß nämlich, daß ein möglicher Wirtschaftsaufstieg von ganz anderen, hauptsächlich internationalen Charakter tragenden Momenten abhängig ist, worauf die Bergarbeiterschaft selbst aber wenig Einwirkungsmöglichkeiten besitzt. Für die letzteren steht deshalb zur Zeit nichts anderes zur Verfügung als die Sicherung ihrer sozialen und materiellen Existenz als die Frage, inwieweit hierfür Möglichkeiten bestehen im Bereich ihres eigenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kampffeldes. Und da ergibt sich ganz von selbst, daß dann, wenn sich die privaten Profit- und Wirtschaftsinteressen vor einigen Kapitalisten als das große Hindernis erweisen bei der Sicherung der sozialen und wirtschaftlichen

Existenz von Hunderttausenden von Arbeitern, daß dann die Entscheidung sich gegen die paar Kapitalisten wenden wird. Das hat mit Religion und Christentum nichts mehr zu tun, wie das „Spitama“ in Nr. 70 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ gern hinstellen möchte, sondern befindet sich durchaus in Uebereinstimmung mit der Grundauffassung, die in der jetzigen Staatsverfassung über das Wirtschaftsleben enthalten ist.

Der Herr „Spitama“ versucht nämlich a. a. O. das „christliche“ Volk vor Heiner. Im Buch graulen zu machen, der mit seiner Forderung auf Verstaatlichung des Bergbaues schuld sei, daß die Sozialdemokratie einen entsprechenden Gesetzesantrag im Reichstag eingebracht hätte. Wir haben keine Ursache, Heinrich Imbusch gegenüber solchen Vorwürfen zu verteidigen, möchten aber Herrn „Spitama“ empfehlen, einmal die Berichte von den Tagungen der freien Gewerkschaften und die freigewerkschaftliche und sozialistische Presse der beiden letzten Jahre zu studieren. Er wird dann finden, daß die Forderung auf Verstaatlichung der Großwirtschaft längst an der Spitze unserer wirtschaftspolitischen Forderungen stand, als Imbusch sich offen für die Verstaatlichung des Bergbaues entschied. Selbstverständlich haben wir diese Forderung Imbuschs sehr begrüßt, weil sie uns Beweis dafür war, daß die Notwendigkeit einer solchen Politik auch allmählich im bürgerlichen Arbeiterlager Anerkennung findet. Wenn wir aber nicht schon früher entsprechende Gesetzesanträge eingebracht haben, dann nur deshalb, weil wir uns bei dem gegenwärtigen parlamentarischen Arbeitsverhältnis nicht allzuviel von einem Erfolg versprachen. Die praktische Entwicklung aber zwingt zum Handeln. Und wir hoffen, daß nicht nur Imbusch und seine engeren Freunde, sondern auch eine ganze Reihe anderer sogenannter bürgerlicher Arbeiterfreunde sich diesmal rüchhaltig an unsere Seite stellen werden.

Herr „Spitama“ und seine Auftraggeber scheinen selbst darum besorgt zu sein. Deshalb auch ihre Heftkampagne gegen Imbusch, um im bürgerlichen Lager vor Nachahmung zu warnen. Gerade die Tatsache, daß man sich zu dieser Arbeit wieder die Religionskutte umhängt und unter der Devise kämpft: „Für Religion und Christentum!“, beweist, daß man die Sache nicht leicht nimmt. Aber die Arbeiterschaft wird diese Heuchler schon bloßstellen wissen. Was wir heute fordern, liegt durchaus im Rahmen der heutigen Verfassung, die sich auch in dieser Beziehung mit bester christlicher Auffassung deckt. Man vergleiche z. B. in der Reichsverfassung Artikel 159 Abs. 1 und 2:

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines men-

Aus der Praxis erfolgreicher Verbandstätigkeit.

Während die RBD. bisher keine praktische Arbeit für die Bergarbeiter geleistet hat, sondern ihre ganze Tätigkeit nur im Schimpfen und Kritistieren bestand, hat der Verband im Jahre 1931 insgesamt

3756 603,64 M. an Unterstützungen

für seine Mitglieder ausgezahlt.

Der Barerfolg aus der Rechtschutzstätigkeit im Jahre 1931 beziffert sich auf:

1216 375,02 M. und 492 714,95 Fr.

Die Verschlechterung des tariflichen Urlaubs ist abgewehrt.

Was dagegen leistete der CVBD?

Praktisch nichts; wohl zahlte er auch einmal 4000 Mark Unterstützung, die er durch Sammellisten bei Belegschaftsmitgliedern zusammenbettelte.

Kameraden! Würdigt die Erfolge und die Arbeit eures Verbandes. Klärt die irreführenden Nachläufer der „roten“ Verbände und die Indifferenten auf.

Stärkt den Verband,

damit noch mehr erfolgreiche Arbeit im Interesse der Gesamtbergarbeiterschaft geleistet werden kann. Nutzt die Monate März und April zur Werbung neuer Mitglieder aus.

schonwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen gesichert.

Gesetzlicher Zwang ist nur zulässig zur Verwirklichung bedrohter Rechte oder im Dienst überragender Forderungen des Gemeinwohls.“

Und daß es sich bei der Verstaatlichung um eine durch die Verfassung sanktionierte und als christliche und staatspolitische Notwendigkeit anerkannte Maßnahme handelt, besagt die Reichsverfassung in Artikel 156:

„Das Reich kann durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigung, in sinnemäßer Anwendung der für Enteignung geltenden Bestimmungen, für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeingeigentum überführen.“

Die Verstaatlichung selbst also ist durchaus gesetzlich und christlich. Das einzig unchristliche an dem ganzen ist nur die Tatsache, daß immer noch zu viele Christen einen Zustand als christlich halten wollen, der für Millionen leidlichen und seelischen Niederbruch bedeutet zu dem einzigen Zweck, einer verschwindenden Minderheit ihre materiellen und politischen Vorrechte zu erhalten. Aber die Zeit reift, in der die Arbeiterschaft endlich damit Schluss machen wird. Die Organisationen sind der Sammelplatz all derjenigen, die sich zu diesem Kampfe stellen wollen. Und welcher Arbeiter will das nicht? Wenn du es aber willst, Kumpel, dann zögere nicht lange, unser Verband wartet auf dich! Und du, Kamerad, der du schon bei uns stehst, geh frisch ans Werk und helfe mit, daß wir die kampfbereiten Kollegen bald alle an unserer Seite stehen sehen!

Debatten über die Lage der Kohlenwirtschaft im Reichskohlenrat.

In den Bericht des Berghauptmanns Bemmhold knüpfte sich eine lebhaft ausgesprochene, welche die Bergarbeitervertreter bezugnehmend, um ihre wirtschaftspolitische Stellungnahme zu den schwebenden kohlenwirtschaftlichen Fragen darzulegen.

Kamerad Martmüller

Hob einleitend hervor, daß die Braunkohle mengen- und ertragsmäßig günstiger abgegraben hat, als die Steinkohle. Die Hauptlast der Kohlenkrise ruht indessen auf den Bergarbeitern, deren Beschäftigungsmöglichkeiten in einer geradezu katastrophalen Weise vermindert worden sind. Allein im Ruhrbergbau sind in den letzten beiden Jahren 163 000 Bergarbeiter arbeitslos geworden. Das ist ein Beleg für den Rückgang von 45 Prozent. Dazu kommen aber noch die Feierschichten, die im Februar über eine Million hinausgegangen sind. Unter Berücksichtigung der in den Feierschichten verborgenen Arbeitslosigkeit kommt man sogar auf einen Beleg für den Rückgang von 53 Prozent. Diese Ziffern sind um so tröstlicher, als infolge des sorgfältig gestiegenen Leistungseffektes selbst bei einer sehr durchgreifenden Konjunkturbesserung keine erhebliche Beschäftigungsauffüllung erwartet werden kann. Unter den heutigen Verhältnissen würden selbst für eine arbeitsmäßige Förderung von 350 000 Tonnen, die man mal als Normale zugrunde legen kann, 240—250 000 Bergarbeiter genügen, so daß allein im Ruhrgebiet für mindestens 100 000 vollverwendungsfähige Bergarbeiter die Arbeitslosigkeit Dauerschicksal wäre. Das darf es nicht geben.

Es handelt sich dabei auch nicht um Unvermeidlichkeiten, wie aus den Worten des Herrn Bemmhold herausklang. Die geschilderten Umstände drängen vielmehr, sobald wie möglich zu einer

Berkürzung der Arbeitszeit

zu kommen. Für die gegenwärtige Notzeit wird außerdem auch noch die Einführung des Rumpersystems notwendig sein, welches nach den bisherigen Erfahrungen geeignet erscheint, die Beschäftigungsverhältnisse zu bessern. Wirtschaftliche Schwierigkeiten stehen dem nicht entgegen. Es könnte sein, daß etwa an der Ruhr sich dadurch Schwierigkeiten ergeben, daß es sich hier um verschiedene Gesellschaften mit verschiedenen Besitzern handelt. Wir erblicken aber gerade darin eine besondere Veranlassung, ja geradezu einen Zwang zur Vereinigung des Bergbaues in einer Hand, zur

Verstaatlichung des Bergbaues.

Die Gegenwart zeigt in eindringlicher Weise, daß die Privatwirtschaft im Bergbau die Lage nicht mehr meistern kann. Die sehr erheblichen Erleichterungen, die der Bergbau in den letzten Jahren durch Leistungssteigerung und Lohnsenkung, durch Frachtwertbilligung und dergleichen erhalten hat, sind in einer volkswirtschaftlich unverantwortlichen Weise verwirrt worden. Nicht selten ist die technische Modernisierung lediglich in den Dienst der Quotenjagd gestellt worden, ohne im ganzen eine Verbesserung des wirtschaftlichen Wirkungsgrades herbeizuführen. Immerhin ist beachtlich, daß die Kosten für Neubauten, wie sie beispielsweise für die Zeche Zollverein in der Presse mitgeteilt worden sind, beträchtlich hinter den Ansätzen zurückbleiben, die dem Abschreibungsplan von Schmalenbach zugrunde liegen. Damals wurden die Kosten für eine derartige Anlage mit 70 bis 80 Mill. M. angegeben. Wenn heute derartige Anlagen mit 15 Mill. M. zu erstellen sind, so müssen daraus auch Konsequenzen für den Abschreibungsplan gezogen werden, der eine Ermäßigung erfahren muß. Auch die übrigen Kostenelemente, wie Materialkosten und dergl., haben sich ermäßigt, ganz besonders aber die Arbeitskosten.

Wir haben an der Ruhr von Dezember 1930 bis heute eine Lohnsenkung von 21,8 Prozent, während der Lebenshaltungszuwachs in der gleichen Zeit nur um 19 Prozent gestiegen ist, woraus sich selbst bei voller Beschäftigung eine Verschlechterung der Lebenslage der Bergarbeiter ergeben müßte. Tatsächlich ist sie ja durch die vielen Feierschichten vollständig zerrüttet. Auf dem Lohnkonto der Unternehmer wirkt sich aber die Lohnsenkung sehr stark aus. Die Arbeitskosten, die nach Unternehmerangaben 1930 noch 10,11 M. betragen, sind im Januar 1932 auf 6,32 M. gefallen. Das ist für die Unternehmer eine Entlastung von 3,81 M. je Abbaugrube = 37 Prozent. Die Kohlenpreissenkung bleibt hinter diesem Satz zurück, so daß man zu dem Schluss kommt, daß sich aus der bergbaulichen Betriebsrechnung noch ein Gewinn ergibt. Wenn dieser äußerlich nicht in Erscheinung tritt, so liegt das an der Konjunkturpolitik, die den Lebensinteressen der Volkswirtschaft zuwiderläuft. Aus diesem Grunde treten wir für die Verstaatlichung des Bergbaues ein, die gerade in der jetzigen Situation die Bahn für eine günstige Wirtschaftsbesserung im Bergbau freimachen muß.

Der traditionelle Sprecher der Unternehmer, Berggrat Herbig vom Ruhrkohlenrat, wies darauf hin, daß die Verschärfung der Weltkrise von niemandem vorausgesehen werden konnte. Die Unternehmer hätten an eine fortlaufende Aufwärtsentwicklung gedacht, als sie ihr Investitionsprogramm durchführten. Ein Rückgang des Ruhrkohlenabfahres von 120 Mill. T. 1930 auf 80 Mill. T. 1931 habe niemand erwartet. Auf einen Zuruf bemerkte Herbig dann noch, daß, wenn er die Rede des Vorsitzenden des bergbaulichen Vereins, Dr. Brandt, zu halten gehabt hätte, er unbedingt auf diesen Punkt hingewiesen hätte.

Kamerad Berger

entgegnete, daß die von Berghauptmann Bemmhold und auch von Dr. Herbig hervorgehobene allgemeine Wirtschaftsschwümpfung und die Erwartung des englischen Pfundes nicht ausreichen, um die gegenwärtige Situation im Bergbau zu erklären. Man darf keinesfalls die einschneidenden

Strukturveränderungen

übersehen, die in der Wellenergieerzeugung in den letzten anderthalb Jahrzehnten eingetreten sind. Durch die Benutzung anderer Kraftquellen, wie Erdöl und Wasserkraft, aber auch durch sparsamere Verwendung der Brennstoffe sind in der Welt etwa 300 Mill. Jahrestonnen Kohle ersetzt worden. Davon entfällt auf den europäischen Raum eine Menge von etwa 100 Mill. Tonnen. Bereits im Jahre 1925 hat der Verein für bergbauliche Interessen in einer Denkschrift an den Reichstagspräsidenten festgestellt, daß der Weltkohlenmarkt an einer Ueberfälligung leidet und daß das eine Tatsache sei, die nicht nur vorübergehende Bedeutung habe. Trotz dieser besseren Einsicht hat der Bergbau, insbesondere der an der Ruhr, ein Investitions- und Konzentrationsprogramm durchgeführt,

welches am Ende die Widerstandsfähigkeit des Bergbaues gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erheblich geschwächt hat.

Eine Kohlenkrise gab es längst, bevor die Weltwirtschaftskrise ausgebrochen ist.

Die Zechenbesitzer haben diese Tatsache nicht genügend beachtet und mit der gleichwohl betriebenen Kapazitätserweiterung, die nahezu eine Verdoppelung gegenüber vor dem Kriege erzeugt hat, ein denkbar schlechtes Beispiel für wirtschaftliches Führertum gegeben.

Heute sind sie die lautesten Rufer nach staatlichem

Protetionismus,

wiewohl es feststeht, wie Berghauptmann Bemmhold richtig hervorgehoben hat, daß die in einer großen Anzahl von Ländern und schließlich auch von Deutschland getroffenen Abperrmaßnahmen nicht günstig wirken, um das internationale Kohlenproblem einer positiven Lösung entgegenzuführen. Der weiteren Feststellung des Herrn Berghauptmann Bemmhold, daß dem Verlangen nach Einführung einer Valutaausgleichsabgabe für Kohle der Erfolg scheint verweigert zu bleiben zu sollen, ist hinzuzufügen, daß nach unserer Auffassung eine solche Maßnahme dem Bergbau und der gesamten deutschen Wirtschaft nicht zum Segen gereichen könnte. Man muß entgegen der überlauten Betonung der Einwirkung des englischen Pfundes auf den deutschen Kohlenaußenhandel, insbesondere auf sein erlösmäßiges Ergebnis, darauf hinweisen, daß die größte Senkung des durchschnittlichen Exporterlöses für Steinkohle im vergangenen Jahre nicht anlässlich des Ende September erfolgten Pfundsturzes eingetreten ist, sondern zwischen den Monaten Juni und Juli erfolgt ist, was vermutlich mit den Ereignissen des 13. Juli zusammenhängt.

Wie wenig die bisherige Syndikatspolitik die Gebote volkswirtschaftlicher Zweckmäßigkeit beobachtet hat, ist schon 1928 von Schmalenbach in seiner bekannten Wiener Rede festgestellt worden. Der Hinweis, daß man sich die bestmöglichen Vorteile für die Zukunft sichern müsse, in der Hoffnung auf eine kommende internationale Preisvereinbarung, ist damals schon von Schmalenbach als abwegig bezeichnet worden. Jedenfalls ist diese Hoffnung nicht jährlich hunderte von Millionen Mark wert, die in Gestalt der Syndikatumlage aufgewendet werden. Im Jahre 1930 belief sich die Umlage summe des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats auf 200 952 220 M. Im Jahre 1931 ist sie sogar noch mit 201 621 205 M. darüber hinausgegangen. Hier liegt mit einer der Ursachen für die Verbraucherschmäpfung im Inlande. Die Unvollkommenheit der Syndikatspolitik hat Schmalenbach richtig mit der Feststellung gekennzeichnet, daß die Direktoren und Generalsyndikatsleiter im kleinen die Mentalität haben, die den deutschen Fürsten eignete, als es darum ging, das Deutsche Reich zu gründen. Wenn Schmalenbach meinte, daß der Bismarck, der ihnen gewaltig den nötigen Patriotismus beibringt, noch nicht erstanden ist, so muß mit Bedauern gesagt werden, daß es bei einigen Montanindustriellen überhaupt nur bis zu Hitler gereicht hat.

Die organisatorischen Mängel im Bergbau

werden ja nicht nur von den Arbeitnehmern empfunden. Auf der letzten Generalversammlung des Harpenthonzerns stellte Herr Dr. Silberberg wörtlich folgendes fest: „Es dürfte nicht verkannt werden, daß die sehr schlechte Lage des Steinkohlenbergbaues sicher, und nicht zum geringsten Teil, auch darauf zurückzuführen werden muß, daß seit Jahren eine geordnete kaufmännische Arbeit für den Syndikatsvorstand nicht möglich gewesen sei. Statt Kohlen zu verkaufen, die Kundshaft zu besuchen und alle Absatzmöglichkeiten nicht nur wahrzunehmen, sondern neue zu erschließen, habe sich der Syndikatsvorstand mit Arbeiten für die jedesmaligen Syndikatsrenewierungen mehr als gut befaßt.“ Hoffentlich sind diese Dinge durch die zehnjährige Syndikatsrenewierung inzwischen ausgeräumt worden.

Man kann aber angesichts dieser Sachlage doch nicht überzeugend davon sprechen, daß die

Internationale Kohlenverständigung

lediglich der kaufmännischen Hand der Industrie überlassen bleiben müsse. Diese kaufmännische Hand ist jedenfalls zeitweise recht erheblich gelähmt gewesen. Immerhin soll ein gewisser Fortschritt in der Haltung der deutschen Unternehmer zur internationalen Kohlenverständigung nicht verkannt werden. Während Herr Dr. Silberberg noch ziemlich negativ eingestellt gewesen war, ist man jetzt doch wenigstens zu einer gewissen Loslösung solcher Bemühungen gelangt, die wir sowohl vom Staat als auch vom Völkerbund weiter gefördert zu sehen wünschen. Wenn die private Initiative, der man kürzlich Ziele führt, dann bleibt nichts weiter übrig, als daß der Staat die Angelegenheit in die Hand nimmt und zum guten Ende führt.

Neben der wirtschaftlichen Kohlenverständigung müssen auch die Ansätze zu einer sozialpolitischen Verständigung im Bergbau weiter entwickelt werden. Das gehört mit zu einer wirksamen internationalen Regelung der Kohlenwirtschaft. Wir fordern auch von dieser Stelle die Reichsregierung auf, die

Ratifizierung der Genfer Arbeitszeitkonvention

unverzüglich vorzunehmen. Die darin festgelegte Arbeitszeitverkürzung bedeutet praktisch keine kostenmäßige Belastung des Bergbaues. Die darüber in industriellen Generalkonventionen mitgeteilten Millionenzahlen gehören in das Reich der Phantasie. Die Ratifizierung der Genfer Konvention ist mehr die Erfüllung einer Gesinnung zur internationalen Zusammenarbeit in der Kohlenwirtschaft. Deshalb darf die Ratifizierung nicht verzögert werden. Sie darf vor allem nicht an den Widerständen von Unternehmern scheitern, deren wirtschaftliches Können selber gefährdet ist. Hier erwachen dem Staate das Recht und die Pflicht, den Bergbau in die Hände der Allgemeinheit zu überführen und Ordnung zu schaffen.

Den sachlichen Feststellungen der Bergarbeitervertreter mußten die Zechenbesitzer nichts Beweiskräftiges mehr entgegenzusetzen. Berggrat Herbig, der daraufhin noch einmal das Wort ergriff, verfuhr mit etwem Begriffsjonglieren sich aus einer Situation zu ziehen, die ihm offensichtlich peinlich war. Die ablehnende Haltung Bergers gegen die Einführung einer Valutaausgleichsabgabe benutzte Dr. Herbig zu der sehr merkwürdigen Auslassung, „er habe bei früheren Gelegenheiten Dr. Berger gern einmal an Verhandlungstische gehabt; nach diesem tatsächlichen Fehler, der so gedeutet werden könne, als ob die Hälfte

des Reichskohlenrats eine Verständigung mit England auf den augenblicklichen Basis wünsche, könnte er diesen Wunsch nicht mehr haben.“ (Dr. Herbig hat allen Ernstes so, als ob die Vertikung von Bergarbeitervertretern an internationalen Verhandlungen von Unternehmern abhängig sei. D. B.) Herbig wiederholte dann noch die beinahe schon stereotype Redeweise, daß auch die Unternehmer die Kohlenverständigung wollten, es nur im gegenwärtigen Augenblick und nicht sei, diese Angelegenheit voran zu treiben. Es sei taktisch falsch, die Verhandlungen forcieren zu wollen. — Durch Zurückweisung Herbig darauf hingewiesen, daß es ja die Engländer gewesen sind, die im vorigen Jahre zu Kartellbesprechungen nach London eingeladen haben. — Zu der Frage „Ueberkapazität“ beschränkte sich Herbig darauf, daß während des englischen Streiks und des Winters 1928/29 die Kapazitätsgrenze nahe gestreift worden sei und man deswegen nicht von Ueberkapazität sprechen könne. (Das ist natürlich kein Beweis gegen das Vorhandensein von Ueberkapazität, sondern nur ein Beweis für die mangelhafte Ausnutzungsfähigkeit und daher Sinnwidrigkeit derselben. D. B.) Herbig glaubte sodann, Neuherungen von Gewerkschaftsvertretern, die für eine Förderung der Technik im Bergbau eingetreten sind, zur Entschuldigung für die Unternehmer anführen zu können. Er mußte sich von dem christlichen Bergarbeitervertreter Steeger dahin berichtigen lassen, daß die technischen Ueberstrebungen einzig und allein auf das Konto der Unternehmer kommen. Schließlich wandte sich Herbig gegen die Verstaatlichung des Bergbaues: „So wie heute habe er die Notwendigkeit der Verstaatlichung noch nie begründen gehört. Bisher habe er immer geglaubt, daß der Wunsch zu einem solchen Schritte nur dann wahr werde, wenn der betreffende Industriezweig auf der Höhe des Profits stehe.“

Hufemanns Appell

Diese letzteren Ausführungen des Unternehmervertreters veranlaßten unseren Verhandlungsleiter Hufemann an die Verantwortlichen im Staat und Wirtschaft gerichtet worden sind. Hufemann stellt zunächst richtig, daß innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Forderung des ihr entgegengebrachten Verstaatlichungsantrages nicht die geringste Unstimmigkeit geherrscht hat. Zweifellos würde die Sozialdemokratie lieber ohne Entschädigung den Bergbau in den Besitz der Allgemeinheit überführen, aber gerade daß die Entschädigung in dem Antrage vorgelegen sei, beweist, daß es der Sozialdemokratie mit diesem Antrage ernst ist und nicht Agitationszwecke dient. Gerade deswegen ist dem Antrag eine Form gegeben, die die Fehler bei der Fürstenabfindung vermeidet und in der er Aussicht hat, eine Mehrheit des Volkes zu finden. Der Erfolg dieses Antrages wird ja auch davon abhängen, wie sich die Parteien verhalten, die ebenfalls das Wort „sozialistisch“ in ihrem Namen führen und sich dennoch der Unterstützung von Arbeitgebern erfreuen.

Selbstverständlich sind auch die Gewerkschaften für die vermehrte Anwendung der Technik im Bergbau eingetreten. Die Gewerkschaften sind keine Maschinenkürmer. Sie wollen aber die Technik in den Dienst der Allgemeinheit gestellt sehen. Wir stehen vor der Tatsache, daß 7 Millionen Menschen in Deutschland und 22 bis 25 Millionen in der ganzen Welt, arbeitslos sind und müssen alle Möglichkeiten prüfen, sie wieder in Arbeit zu bringen. Diesem Ziele haben die Ausführungen der Gewerkschaftsvertreter im Kohlenrat gegolten. Namentlich muß man die

Arbeitszeit im Bergbau verkürzen,

wozu die Möglichkeiten gerade durch die Technisierung vorhanden sind. Wenn die gegenwärtigen Beschäftigungsverhältnisse im Bergbau dieser Notwendigkeit entgegenstehen, so ist es erforderlich, daß sie geändert werden. Das ist der Sinn des dem Reichstage vorliegenden Verstaatlichungsantrages.

Der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiterverbandes, Imbusch, schloß sich den Darlegungen Hufemanns an. Er betonte, daß der Bergbau heute nicht mehr nach rein kapitalistischen Gesichtspunkten betrieben werden könne. Es sei keine ethische Ueberzeugung, daß die Verstaatlichung des Bergbaues kommen müsse und auch kommen werde, da sie im Interesse der Allgemeinheit liege.

Hierauf unternahm

Generaldirektor Dr. Silberberg

den Versuch, durch sehr allgemein gehaltene Darlegungen den diesmal arg in die Enge getriebenen Unternehmern wenigstens äußerlich einen guten Abgang zu verschaffen. Er meinte, die Gewerkschaften könnten sich gar nicht vorstellen, wieviel Beratungen in den Arbeitgeberkreisen geführt würden und wie groß die Sorge sei, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzuschalten. Wenn die Verzögerung der internationalen Verhandlungen durch die Arbeitgeberseite speziell ihm zum Vorwurf gemacht werde, so betone er auch heute, daß es notwendig gewesen sei, zu bremsen, weil das internationale und nationale Wirtschaftsleben von Umständen bestimmt worden seien, die zum Bergbau in gar keiner Beziehung ständen, ihn aber aufs schärfste trafen. Es sei keine Ueberzeugung, daß sich das immer stärkere Eindringen des Staates in das Wirtschaftsleben unheilvoll auswirken werde. Man müsse sich überlegen, ob nicht in den letzten zwölf Jahren staatlicher Einmischung Fehler gemacht worden seien, deren Berichtigung mehr helfen könnte als die jetzt geforderte Verstaatlichung. Er regte schließlich an, die Ursache der unterschiedlichen Beschäftigung selbst benachbarter Zechen, die er lediglich als eine Sortenfrage bezeichnete, durch den Reichskohlenrat zu prüfen. — Nach einer kurzen Bemerkung des Direktors Stein, daß es sich bei den Kosten der Zeche Zollverein nur um eine einfache Sachanlage handle, deren Kosten nicht mit denjenigen einer modernen Doppelschichtanlage in einem unerforschlichen Feld in Beziehung zu setzen seien. Er bemerkte weiterhin, daß die hohe Arbeitsleistung pro Mann und Schicht davon abhängen, daß zur Zeit nur die allerbesten Flöze abgebaut würden.

Damit schloß die Aussprache über den Bemmhold'schen Bericht. Von den übrigen Tagesordnungspunkten ist zu erwähnen, daß die Verordnung über den 15-Tonnen-Bezug nach dem Muster der vorjährigen Verordnung unverändert wieder erlassen worden ist, daß der Reichskohlenrat ferner den Beschlüssen des Großen Ausschusses über das Mitteldeutsche und das Aachener Kohlen-Syndikat keine Zustimmung gegeben hat und daß endlich ein Etat angenommen wurde, der insbesondere für die technisch-wirtschaftlichen Arbeiten des Kohlenrates einschneidende Kürzungen vorsieht. An Stelle des ausgeschiedenen Kameraden Klein wurde der Kamerad Fritz Deller als Mitglied des Kohlenrates gewählt. Die zu Beginn der Tagung vorgenommene Vorstandswahl ergab eine Wiederwahl des bisherigen Vorstandes des Kohlenrates. Zum Vorsitzenden wurde mit 36 gegen 22 Stimmen, die auf den Gewerkschaftsvertreter Imbusch entfielen, Oberberggrat von Welken erneut gewählt.

Die Eisene Front hat eine Schlacht gewonnen!

Der erste ernsthafte Vorstoß des Faschismus in Deutschland, auf legalem Wege zur Macht zu kommen, ist abgeschlagen. Rund 87 Prozent aller Deutschen über 20 Jahre sind am 13. März zur Wahlurne geeilt, um mit Hilfe des Stimmzettels das zukünftige Schicksal Deutschlands entscheidend zu beeinflussen. 37 660 394 gültige Stimmen wurden insgesamt abgegeben. Hiervon erhielten Hindenburg 18 661 736 (49,6 Prozent), Hitler 11 338 571 (30 Prozent), Thälmann 4 982 079 (13,3 Prozent) und Winter 111 470 (0,3 Prozent). Ein Alpdruck ist vorerst vom deutschen Volke genommen. Die gespreizten Demagogen des „Dritten Reiches“ werden sich vorläufig nicht auf einen maßgebenden politischen Posten begeben können. Jeder Halentreujüngling spaziert einige Tage vor der Wahl bereits mit der Miene herum, als sei er schon Regierungsrat oder sonst etwas geworden, nach dem sein ganzes Sehnen geht. Der große Generalfstab des „Dritten Reiches“ muß seine Siegesplakate einstampfen, weil das deutsche Volk kaltes Blut behielt und die Katastrophe abwendete.

Der Wahlkampf am 13. März fand für die vorwärts gestürzten Faschisten Deutschlands unter den denkbar günstigsten Bedingungen statt. Seit Jahren hatten sie Zeit, die deutsche Bevölkerung mit einem wahren Trommelfeuer systematischer, vertögelter Agitation zu bearbeiten. Der Kleinbürger in Deutschland, alle Unzufriedenen und alle Backfische weiblichen und männlichen Geschlechts mußten der Meinung sein, daß die „Novemberverbrecher“ von 1918 schlechterdings an allem, selbst am schlechten Wetter schuld seien. Namentlich in den letzten Tagen vor der Wahl ist mit einer Flut von Lügen und falschen Behauptungen gearbeitet worden. Trotz dieser skrupellosen Wahlagitation waren es nur 30 Prozent, die in der Fahne des „Dritten Reiches“ die Erlösung erblickten.

Die Wahlniederlage der Nazis ist nicht zulezt auf das energische Eingreifen der hinter der Eisernen Front stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten zurückzuführen. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten haben eine unübertreffliche Disziplin gezeigt. Es war anfangs nicht leicht, den deutschen Arbeitern die Kandidatur Hindenburgs schmackhaft zu machen. Millionen geht es sehr schlecht, Unzählige sind hoffnungslos geworden. Seit Jahren müssen sie die größten Entbehrungen erdulden. Und dennoch sind sie nicht der Parole der Kommunisten, den Hilsstruppen der Faschisten gefolgt, sondern sie sind gemäß den Parolen der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen an die Wahlurne getreten und haben ihre Stimme für Hindenburg abgegeben. Nach den kommunistischen Verlautbarungen sollte ein Massenmarsch der Sozialdemokraten und freien Gewerkschafter zu den Kommunisten hin erfolgt sein. Im Reich sind es ganze 400 000, die die Kandidatur Thälmann mehr auf sich vereinigte, als bei der letzten Reichstagswahl. Man beachte, daß sich die Wählerzahl inzwischen im ganzen vermehrt hat, die Wahlbeteiligung eine

viel größere war, die Erwerbslosigkeit stark stieg und bestimmte Gruppen, wie die Sozialistische Arbeiterpartei (S.A.P.) die Parole für die Kandidatur Thälmann ausgegeben haben. Die kommunistischen Arbeiter wurden mit der Parole benebelt, daß nicht Hitler und Duesterberg, sondern Braun, Severing, Wels, Leipart und Genossen die Feinde der Arbeiterchaft seien. Die deutsche Arbeiterchaft hat ihnen die Dichtung für diese lügenhafte Agitation gegeben!

Ein neuer Wahlkampf ist angebrochen. Da der Kandidatur Hindenburg nur etwa 200 000 Stimmen an der absoluten Majorität gefehlt haben, muß eine Stichwahl stattfinden. Diese ist auf den 10. April festgelegt worden. Die Wahlen zum Preussischen Landtag sind endgültig auf den 24. April festgelegt. Somit wird das deutsche Volk noch einmal Wochen hindurch durch das Wahlfeber in Atem gehalten. Die großsprecherischen Propheten des „Dritten Reiches“ haben ihre Anhänger aufgefordert, aus der Front der Gegner noch einige Millionen zu holen. Es wird alles mögliche versucht werden, um die Niederlage am 13. März einigermaßen auszugleichen. Noch einmal wird die Eisene Front anzutreten haben, um auch den letzten Ansturm abzuwehren.

Das arbeitende Volk Deutschlands hat seine Pflicht getan. Runmehr ist es an der Zeit, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger für ihre beispiellose Ausforderung in irgendeiner Form entschädigt werden! Die große Masse des Volkes zeigt nicht wie die führenden Elemente der Nazi-Partei nach Ministerstellen und Beamtenposten, sondern es will nicht mehr und nicht weniger als Arbeit und Brot! Es verlangt, daß mit der unseligen Deflationspolitik, die sich im Lohn- und Gehaltsabbau zeigt, Schluss gemacht wird! Das Frühjahr steht vor der Tür. Die Entlastung des Arbeitsmarktes muß mit allen Mitteln betrieben werden. Der außerordentliche Gewerkschaftskongress wird gangbare Wege zeigen, wie die Arbeitsbeschaffung organisiert werden muß. Der unermüdete Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Genosse Albert Thomas, hat auf seiner Rundreise die deutsche Reichsregierung aufgesucht und mit ihr internationale Arbeitsbeschaffungspläne besprochen. Das Problem wird also von verschiedenen Seiten her angefaßt. Somit wird und muß es gelingen, die würgende Arbeitslosigkeit einzudämmen und den deutschen Arbeitern und Angestellten wieder eine kleine Hoffnung für die Zukunft zu geben. Kommen wir auf diesem Gebiete zu greifbaren Resultaten, dann wird der Nazispuk bald verflohen sein. Aber der Ernst der Situation erfordert energisches Handeln! Eine energisches Zupacken verlangt die Arbeiterchaft aber auch auf politischem Gebiet. Die deutsche Republik muß sich endlich einmal aufraffen und ihre Sache ihren Feinden gegenüber mit aller Rücksichtslosigkeit verteidigen.

Nicht Worte, sondern Taten vermögen die Zukunft zu meistern!

standsmittglieder, 97 090 Arbeiter und 13 648 Angestellte. Das entspricht einem Rückgang von 2 Vorstandsmitgliedern (4% Prozent), 37 618 Arbeitern (28 Prozent) und 2711 Angestellten (20 Prozent).

Die Steinkohlenförderung ist gegenüber dem Vorjahre um 28,6 Prozent auf 18 363 210 T. zurückgegangen. Die Belegschaftsveränderung im Steinkohlenbergbau der Ver. Stahlwerke hat sich aber wie folgt gestaltet: Am 30. September 1930 waren vorhanden 65 244 Arbeiter und 4916 Angestellte; am 30. September 1931: 44 808 Arbeiter und 4196 Angestellte. Das entspricht einem Rückgang von 20 436 Arbeitern (31 Prozent) und 720 Angestellten (14,62 Prozent).

Diese Zahlen beweisen klipp und klar, daß die Ver. Stahlwerke in bezug auf Belegschaftsabbau mehr als reichlich der Not der Zeit Rechnung getragen haben. Vor allem ergibt sich das aus dem Rückgang der Lohn- und Gehaltsaufwendungen, die sich gegenüber dem Vorjahre um 161 Mill. M. = 34 Prozent, auf 312 Mill. M. reduziert haben. Im Steinkohlenbergbau der Ver. Stahlwerke tritt der Rückgang der Belegschaft besonders früh in die Erscheinung, weil sich hier neben den konjunkturnmäßig bedingten Entlassungen die unverständlichen Rationalisierungsmaßnahmen in ganz besonderem Ausmaße auswirken. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nur auf das Beispiel Zöllere in (Zentralstadtanlage 12) hinweisen, das wir bereits einer eingehenden Erörterung unterzogen haben.

Weiterhin sagte Dr. Bögl, daß Maßnahmen ergriffen werden müßten, um die Kaufkraft der Werte und damit des Inlandsabzuges wiederherzustellen. Die Hilfe hierfür könne nur von der Kapitaleite kommen dadurch, daß für die Industrie weitgehende und verbilligte Kreditmöglichkeiten geschaffen würden. Über die innen- und außenpolitischen Verhältnisse liegen heute eine derartige Möglichkeit noch nicht zu, zumal der Export durch Währungs- und Zollmaßnahmen anderer Länder stark behindert würde.

Es kann als richtig unterstellt werden, daß die Hilfe für unsere Wirtschaft nur von der Kapitaleite kommen kann; erste Vorbedingung rationaler Wirtschaftspolitik ist aber, daß eine zweckmäßige Investitionspolitik getrieben wird und Sicherheiten geschaffen werden, um Kapitalfliehrichtungen auszuschließen. Wie sieht es damit aber bei den Ver. Stahlwerken? Gerade die mangelhafte Investitionspolitik der Verwaltung der Ver. Stahlwerke hat das Unternehmen in die heutige schwierige Lage gebracht. Es ist einfach unverständlich, daß man diesem kapitalbedürftigen Unternehmen im Laufe der Jahre 200 Mill. M. an Dividenden für die Aktionäre entzogen hat, während Bögl bisher in jeder Generalversammlung der Ver. Stahlwerke nur von den „unerträglichen Lasten“ der sozialen Aufwendungen etwas zu sagen weiß. Von diesem Gesichtspunkte aus vertritt er dann auch die Ansicht, daß heute die Senkung der Lasten und Kosten die wichtigste Aufgabe sei, damit der deutsche Markt wieder aufnahmefähig werde. Nur so könne auch die Arbeitslosigkeit bekämpft werden.

Senkung der „Lasten und Kosten“ bedeutet nichts weniger, als Senkung der Lohnausgaben. Es ist nichts anderes, was Bögl sagt, als das altbekannte Lied unserer kapitalistischen Wirtschaftsführer: „von der Lohnaushebung der Arbeiterchaft, die man auf diese Weise auf die Herrlichkeiten des „Dritten Reiches“ vorbereiten will. Ganz besonders kommt das noch einmal in Böglers Ausführungen über die künftige Gestaltung der Dinge bei den Ver. Stahlwerken zum Ausdruck. Der Rückgang der Umsätze habe auf allen Gebieten weiter angehalten, und man werde sich bemühen, die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen. Die Verwaltung werde zu den schärfsten Mitteln greifen, um die Betriebe von Monat zu Monat durch die Krise zu bringen. Neue Investitionen würden zurückgestellt. Die Entlassungen, Kurz- und Felerlöschungen mehrten sich von Woche zu Woche, wodurch die Einkommen der Belegschaft in immer steigendem Maße vermindert würden.

Wenn Herrn Bögl soviel daran gelegen ist, die Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, so mag er nicht nur einseitig bei der Belegschaft zu den „allerhöchsten Maßnahmen“ greifen, sondern er muß endlich auch dem Kreis der Schwerverdiener innerhalb des Vorstandes und Aufsichtsrates rücksichtslos zu Leibe gehen. Daß hieran aber Herr Bögl noch nicht denkt, geht schon daraus hervor, daß der Antrag eines Aktionärs in der Generalversammlung, die Lantien des Aufsichtsrats in Höhe von 162 508 M. in Anbetracht des Verlustabschlusses zu streichen oder der Rott-hilfe zu überweisen, ohne weiteres seitens des Vorsitzenden abgelehnt wurde. Die Bilanz wurde schließlich nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Verwaltung und mehreren unzufriedenen Aktionären gegen die Stimmen von drei Aktionären genehmigt.

Die Ver. Stahlwerke sind jedenfalls ein Beweis dafür, daß die Forderung auf Verstaatlichung der Schwerindustrie mehr als berechtigt ist. Nur so ist es möglich, daß ein gerechter Ausgleich in der Wirtschaft geschaffen wird, der dem Volke in seiner Allgemeinheit zuzufolge kommt.

Böglers Rechtfertigung in der Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke.

Am 18. März fand die Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke statt, in der 89 Aktionäre mit 706 768 000 M. Aktienkapital vertreten waren. Zur Debatte stand die Bilanz des Geschäftsjahres 1930-31, das mit dem 30. September 1931 sein Ende erreichte. Ueber diese Bilanz haben wir bereits im einzelnen berichtet. Wenn auch die Bilanz das Krisenjahr 1931 nicht voll erfasst, so zeigt sie doch in allen Details das deutsche Bild eines nicht krisenfesten Unternehmens, das den Krankheitskeim verfehlter Wirtschaftspolitik in sich getragen hat. Die Ver. Stahlwerke sind bereits seit langem Gegenstand teilweise sogar heftiger Pressepolemik und Kritik gewesen, ohne daß sich die Verwaltung bisher dazu geäußert hat, und so sah man allgemein der Stellungnahme Dr. Böglers zur Lage des Unternehmens mit größtem Interesse entgegen. Um es vorweg zu sagen: wer etwas Neues von Dr. Bögl zu hören erwartet hatte, wurde in seinen Hoffnungen arg enttäuscht. Bögl entwickelte zunächst an Hand der trostlosen Produktions- und Absatzzahlen ein trübes Bild des beispiellosen Rückganges auf allen Gebieten, von denen sämtliche Produkte bei dem vorliegenden Verlustabschluß betroffen

wurden. Während die Schrumpfung des Inlandsmarktes etwa 40 Prozent betrage, so sei demgegenüber der Auslandsabsatz nur um 22 Prozent zurückgegangen. „Was hat die Verwaltung der Ver. Stahlwerke dazu getan“, so sagt Bögl, „um diese Dinge zu wenden?“ Seine Antwort hierauf als „prominenter Wirtschaftsführer“ ist mehr als sadencheinig, wenn er sich damit zu rechtfertigen versucht, daß er immer auf die „unerträglichen Belastungen“ (lies: Löhne) hingewiesen habe. Gegenüber dem Vorjahre sei die Entlastung bei einem Umsatzrückgang von 40 Prozent gering. Während im Jahre 1928-29 17,6 Prozent der Rohstahlerzeugung zur Aufbringung des Nebenwertes an Steuern und sozialen Lasten notwendig gewesen wären, so sei der Prozentsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 33 Prozent gestiegen. Die sozialen Aufwendungen sind demgegenüber dem Vorjahre um rund 16 Prozent auf 46 546 Mill. M. zurückgegangen.

Welche Opfer aber die Arbeitnehmerschaft der Ver. Stahlwerke hat bringen müssen — und darüber spricht Bögl wohlweislich nicht — geht aus folgendem hervor: Am 30. September 1930 waren vorhanden: 42 Vorstandsmitglieder, 134 708 Arbeiter und 16 359 Angestellte; am 30. September 1931: 40 Vor-

breit war ein Original, sowohl als Mensch, wie auch als Führer. Er war einer der seltenen Menschen, deren Platz man wohl wieder ausfüllen kann, die selbst aber nicht zu ersetzen sind. Paul



Umbreit hinterläßt eine Lücke und wird noch lange schmerzlich und in freundschaftlichem Gedenten sehr vermisst werden.

Seine gewerkschaftliche Laufbahn begann im Frühjahr 1900, in welcher Zeit er die Redaktion des Hauptorgans der deutschen freien Gewerkschaften übernahm.

Umbreit beschränkte sich in seiner Tätigkeit auf das gewerkschaftliche, sozial- und wirtschaftspolitische Gebiet. Er hat nie zu Gemeinde-, Landes- oder zum Reichsparlament kandidiert. Dafür leistete er auf seinen Spezialgebieten Hervorragendes, in allen einschlägigen Fragen war er sozusagen ein wandelndes Lexikon.

Seine ersten großen Kurse über „Die Arbeiterschutzesetzgebung“ und „Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland“ führten zur Herausgabe des Dargebotenen als Broschüren und waren für Lehrende und Lernende eine hervorragende Anleitung. Außer den genannten Broschüren schrieb er Duzende andere. Gewerkschaftsstatistik, Kost- und Logiswesen, Arbeitslosenversicherung, gelbe Gewerkschaften, Heimarbeit, Arbeitsvermittlung waren die Themen vor dem Kriege. 1915 kam von ihm heraus: „25 Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung“. 1917 schrieb er: „Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg“ und „Gewerkschaftliche Forderungen zur Uebergangswirtschaft“. Nach 1918 erschienen eine Reihe von Broschüren über Einigungsweisen, Sozialpolitik, Wiederaufbau der Volkswirtschaft, gewerkschaftlichen Wiederaufbau, Sozialisierung der Industrie, Betriebsrätegesetz usw.

Im Krieg wurde Umbreit als Beirat in das Kriegsernährungsamt berufen, 1919 in die Sozialisierungskommission. Seit 1920 ist er im Reichswirtschaftsrat Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses.

Auf Gewerkschaftskongressen sprach er 1905 in Köln über „Arbeits- oder Arbeiterkammern“, 1911 in Dresden über „Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“, 1919 in Nürnberg über „Sozialisierung der Industrie“.

Es ist selbstverständlich, daß vor wie nach dem Krieg Umbreits Arbeit manche Anfechtung erfuhr. 1910 schrieb er mit Vanßen zusammen die Broschüre: „Synthysarbeit oder positive Erfolge“ zur Verteidigung der Gewerkschaftsarbeit. Die Zeit hat Umbreit im großen ganzen Recht gegeben, die Gewerkschaften sind auf dem Wege, den er für richtig hielt, groß und einflußreich geworden und stehen in bezug auf den Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung noch lange nicht am Ende.

Dem Bergarbeiterverband war Umbreit seit langem guter Freund, auf manchen Generalversammlungen vertrat er den Bundesvorstand. Sein Interesse für den Bergbau ist erklärlich, da er ein eifriger Geologe ist. Seine Erholung war das Wandern, mit der Pick in der Hand Verfeinerungen suchend, von denen er in 20 Jahren über 8000 gesammelt hat. Diese Leidenschaft führte ihn mehrfach auch in Bergwerke und festigte damit seine Verbindung mit uns.

Paul Umbreit †.

Wie bereits durch die Tagespresse bekannt wurde, lebt Paul Umbreit, hauptberuflich Redakteur der „Gewerkschafts-Zeitung“, dem Hauptorgan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A.D.G.B.), nicht mehr. Ein Herzschlag hat plötzlich seinem Wirken ein Ende gesetzt. Dieser Mann hat wahrhaft gewirkt. Ueber drei Jahrzehnte war er mit dabei, wo und wann immer die deutschen freien Gewerkschaften entscheidend um die Zukunft der Arbeiterklasse Beratung hielten und wo und wann am Bau dieser Zukunft gearbeitet wurde.

Neben Karl Legien darf wohl Paul Umbreit als der populärste Mann und Führer gelten, den die deutschen freien Gewerkschaften in ihrer bisherigen Geschichte an ihrer Spitze sahen. Selbst ein echter Proletar — er war das sechste (Zwillings-)Kind von insgesamt achtzehn, dem seine Eltern das Leben schenkten — blieb auch auf der Höhe seines Ruhms sein ganzes Denken, sein Streben und sein Zielstreben bis zu seinem Tode proletarisch. Wer Paul Umbreit nur kannte aus seinen Schriften und Büchern, aus Tagungsberichten und Kritiken, und plötzlich diesen Mann persönlich zu Gesicht bekam, wie er stand und ging, ein kleines verhußtes Männchen, das man naturgetreu in eine Wilderherie von Waldmärchen hätte aufnehmen können, in seiner auffallend schlichten Kleidung, mit originell behaartem Bart und Kopf, aus dem aber ein paar ungewöhnlich kluge und geradezu sprechende Augen hervorstakten, der wußte, daß dieser Mann ungewöhnliches zu leisten imstande war und ungewöhnliche Fähigkeiten in den Dienst der Arbeiterbewegung stellen können muß, da es sonst unmöglich gewesen wäre, daß er zu solcher Anerkennung und Bedeutung innerhalb der Gewerkschaften gelangen konnte, weil dieses Wesen an sich eher humoristisch als ernst wirkte.

Er zwang eben die Welt, durch sein Wirken ihn ernst zu nehmen, was noch verwunderlicher erscheint neben dem Gefagten, wenn man weiß, daß er in seinen freien Stunden, die bei ihm präklich waren, einen seltenen Mutterwitz und sprudelnden Humor mit todernter Miene offenbaren konnte. Kurz: Paul Um-

HAUS UND LEBEN

Zu Wilhelm Buschs 100. Geburtstag.

Am 15. April 1832 wurde in Wiedensaal (Hannover) ein Mann geboren, der als Deutschlands größter Humorist bezeichnet werden kann. Millionen haben sich an seinen Reimen ergötzt, Millionen zitieren ihn, ohne seine Werte zu kennen. Kaum einen gibt es, der so in Fleisch und Blut der deutschen Sprache übergegangen ist wie Wilhelm Busch.

Man hat Humor oft mit Wit überleht; nichts falscher als das. Wit entspringt als besondere Gabe dem Verstand, er setzt Schlagfertigkeit und zugespitzten Wortlaut voraus. Humor wächst aus der breiten Behaglichkeit, aus dem Gemütsleben, er entwickelt sich nicht verlegend, selbst dann nicht, wenn er spöttisch ist. Humor geht in Fleisch und Blut über, er erwärmt uns, während der Wit nur auf die Lachmuskeln schlägt, ohne aber auf das Gemüt irgendwie zu wirken. Der echte, tiefe Humor blinzt so leise wie die Sonne in der Träne; er lacht und weint zugleich oder, besser gesagt, lächelt aus Weinen heraus.

Aber nun zurück zu Wilhelm Busch. Wie ein sprudelnder Quell spendet er uns Gaben prächtigen Humors. Er fing eigentlich schon 1850 als Mitarbeiter der „Fliegenden Blätter“ an, sein Talent zu zeigen. Welcher Weltanschauung Busch war, beweist am besten ein kleines Gedicht, das er 1859 in den „Fliegenden Blättern“ veröffentlichte:

„Es sieht ein Vogel auf dem Weim,
Er flattert sehr und kann nicht heim.
Ein schwarzer Kater schleicht herzu
Mit Krallen scharf und Augen gluh'.
Am Baum hinauf und immer höher,
Kommt er dem Vogel nah und näher.
Der Vogel denkt: Weil das so ist
Und weil mich doch der Kater frisst,
So will ich keine Zeit verlieren.
Will noch ein wenig quinquillieren
Und lustig pfeifen wie zuvor.
Der Vogel, scheint mir, hat Humor!“

Busch sucht nicht nach Motiven, sie liegen für ihn auf der Gasse. Sein mutwilliges Zeichnerauge, das lustig blinzelt, erinnert stark an E. F. Hofmann. Er fand für alle Begebenheiten des Lebens die karikaturistischen Formen. Er führte diese Formen so rücksichtslos durch, daß sie vorbildlich für alle Welt wurden. Seine Zeichnungen und seine Verse tragen den Stempel des Originellen. Die Franzosen verehrten in ihm den König der Karikatur.

Busch hat den Zahnschmerz, das Einschlafen bei Licht, den Sonntagsreiter, die frühe Gouvernante, den Frosch und den Elefanten, das Publikum und die Obrigkeit verlacht. Mit ruhiger Gelassenheit schildert er die „böse Welt“ ganz ohne Arg. Selbst in seinen kleinsten Gedichten streut er mit vollen Händen Lebensweisheiten aus, immer mit dem Endzweck, bestimmte Vorgänge harmlos zu schildern. Und wie schön versteht er, eine Philosophie ganz eigener Art zu formen; zwei Beispiele hierfür:

„Das Gute, dieser Satz steht fest,
Ist stets das Böse, was man läßt.“

Oder:

„Enthaltbarkeit ist ein Vergnügen
an Sachen, welche mir nicht kriegen.“

Oder ein anderer Kernspruch: „Die Welt ist wie ein Brei. Zieht man den Löffel heraus, gleich — und wär's der größte — klappt die Geschichte wieder zusammen, als wenn nichts passiert wäre.“

Man nennt Busch nicht mit Unrecht den Weisen. Seine Sprüche — es sind Tausende — sind Ergebnisse einer gereiften Anschauung. Er bringt alles Zufällige auf eine reiflose Formel und gibt das in scharf karikaturistischen Linien wieder. Dabei müssen wir feststellen, daß er an seinen Reimen, die so leicht und gefällig wirken, unendlich verheißt und geübt hat. Irgendwo habe ich gelesen, daß er an zwei Zeilen Tage und Wochen arbeitete, um den richtigen Klang zu erhalten. Seine Verse haben zum Teil hohe dichterische Werte und große sprachliche Technik. Mit welcher verblüffenden Deutlichkeit schildert er gewisse Vorgänge! Als Beispiel dafür folgende Verse:

„Hier froßt die Bade voller Saft,
Da hängt die Hand, gefüllt mit Kraft.
Die Kraft, infolge der Erregung,
Verwandelt sich in Schwingungsbewegung;
Bewegung, die in schnellem Blitze
Zur Bade eilt, wird hier zur Hitze.
Die Hitze aber durch Entzündung
Der Nerven brennt als Schmerzempfindung
Bis in den tiefsten Seelenkern.
Und dies Gefühl hat feiner Kern.
Ohreizege heißt man diese Handlung;
Der Forscher nennt es Strafverwandlung.“

Und erst das Zahnweh:

„Das Zahnweh, subjektiv genommen,
Ist ohne Zweifel unwillkommen;
Doch hat's die gute Eigenschaft,
Daß sich dabei die Lebenskraft,
Die man nach außen oft verschwendet,
Auf einen Punkt nach innen wendet
Und hier energisch konzentriert.
Kaum wird der erste Biß verspürt,
Kaum fühlt man das bekannte Bohren,
Das Rucken, Zucken und Rumoren,
Und aus ist's mit der Weltgeschichte!
Vergessen sind die Kursberichte,
Die Steuern und das Einmaleins,
Kurz, jede Form gewöhnlichen Seins.
Was sonst real erscheint und wichtig,
Wird plötzlich weislos und nichtig.“

Ja, selbst die alte Liebe rostet,
Man weiß nicht, was die Butter kostet.
Denn einzig in der engen Höhle
Des Backzahnwehs weilt die Seele,
Und unter Loben und Gebraus
Reißt der Entschluß: Er muß heraus!“

Geradezu auffallend sind sein reicher Wortschatz und seine Bilderprache. Drollige Worte hat er uns gegeben: „Nöcker-greis“, „Innerer Durchgangsverkehr“, „hulterpult“, „klaf“, „raisch“, „bratsch“, „knubbs“, „trads“, „autsch“, „schlupp“, „radatsch“, „schnarrang“, „schnadderat“, „schluppdiwutsch“ usw. bis ins Endlose. Dann die reiche Bilderprache:

„Knoop ist etwas schwach im Schenkel,
Darum führt man ihn am Henkel.“

Oder:

„Angstlich, schnelle, laut und helle
Schwingt sie in der Hand die Schelle.“

Groß ist Wilhelm Busch, wenn es gilt, Schabernack zu erfinden. Böcherreihen, Striemenhauen, Kraken, Schimpfen versteht er meisterlich. Er treibt Kaffeemühlen in die Siffäche, vor Erschütterung läßt er den Salat aus den Ohren fliegen, läßt Leute von einer Mühle zermahlen, an Spindeln auflösen, verbrennen, ertrinken, in eiserne Rechen stürzen, Nägel, Beile, spitze Pfähle, das sind so seine Waffen.

Wer seine Buben- und Mädelgeschichten nachliest, ist immer wieder erfreut über die tiefen Weisheiten:

„Sein Prinzip ist überhaupt:
Was beliebt, ist auch erlaubt,
Denn der Mensch als Kreatur
Hat von Rücksicht keine Spur.“

La Union. — Kumpels in Spanien.

So — hier wären wir also in Spanien, im südlichen Spanien, in der Kumpelstadt La Union, nahe bei der großen Hafenstadt Cartagena. La Union, die jüngste Stadt Spaniens, erst im Jahre 1868 gegründet — auf Industrie gegründet: La Union heißt zu Deutsch — Stadt Bund! Hier verbündeten sich Erze und Kohle und Feuer — zur großen schöpferischen Einheit: Industrie! Alle Städte Spaniens sind alt, teils phönizischen, karthagischen und römischen Ursprungs, nur La Union ist ein luftiges zappeliges braunes Kindlein unter den Stadimatronen Spaniens. Jawohl, lustig ist es in La Union, die Arbeit gedeiht — und Freiheit ist da, vom Rathaus wehrt die sozialistische Westenseide, neben dem Rotgelbviololett der Volksrepublik. Das neue Spanien — in dem ersten Artikel der Verfassung heißt es: „Spanien ist eine demokratische Republik von Arbeitern!“ Jüri ihr's? Das ist noch mehr als die Verfassung von Weimar. „Eine Republik von Arbeitern!“ Noch niemals ward in einer Verfassung die eigentliche Basis des Staates so richtig und ehrlich anerkannt — alles! — fundiert sich auf der Arbeit. Der Arbeiter ist das wichtigste im Staat. Nicht der „Herrenmensch“.

La Union: Bergmanns- und Hüttenstadt, im südwestlichen Espana. Durch das Gebirge Sierra Cartagena vom Mittelmeer getrennt. La Union — die Stadt Bund — hat 25 000 Einwohner, davon sind 10 000 Arbeiter. Kumpels und Hüttenleute. Ihre Töchter fahren jeden Morgen mit der Elektrischen in die nahe Großstadt Cartagena, in die Textilfabriken. Alles arbeitet. La Union — die ganze proletarische Stadt!

Im Gebirgszug Sierra Cartagena: durch und durch zerwühlt, seit der Antike — schon die Phönizier ließen ihre Schiffe unter Peitschehieb hier auf Silber, Zinn und Blei schürfen. Heute sind die Bergleute von der Sierra Cartagena frei — hundertprozentig organisiert in der sozialistischen Gewerkschaft, mit internationaler Weltverbundenheit, einzig im großen Ziel: Europroletaria, ohne Soldaten, ohne Grenzen! Ohne Krieg. Die neue Verfassung von Spanien verwirft den Krieg als Ultima ratio, bei Streitfällen soll nicht der Krieg zwischen den Völkern entscheiden, sondern die Verständigung, die Vernunft — Streitfälle sollen durch Einsicht geschlichtet werden, nicht durch Krieg verschlimmert.

La Union. Erzbergbau. Eisen, Mangan, Zink, Silber, Blei. Alles ist da — nur eines fehlt, die Hauptsache: Kohle! Die Verhüttungskohle kommt aus England. Der britische Kohlentempel von Wales und Cardiff und der Erzknumpel von La Union arbeiten Hand in Hand — und der Dritte im Bunde ist der Proletar von Ruhr und Rhein: Deutschland lieferte die Maschinen für die Hüttenstadt La Union. Erst Anno 1868 gegründet. Blau ist der Himmel — grün steht die Palme — bronzen der Berg — und drüben vom Berg: die See, ein Feld violetter Reichen — in der spanischen Tricolore festgehalten: Rotgelbviololett! Gelb die Sonne, rot das Volk.

Ferlig sind wir aufgenommen, in La Union, im Hause der Bergleute, in der Arbeitstammer. So viel Mut und Wärme und guter Wille herrscht hier — daß wir leicht werden wie die albanischen Völkchen, die da glühend vom Wind über den blauazurernen Himmel treiben — schau aus dem Fenster! Und die höchsten Stämmen und Qualmen — Gusspfannen kippen sich um — und schwere Güterzüge rollen in die Hafenstadt Cartagena, mit toisbaren Erzen beladen: für England und Rotterdam — Rotterdam, der Vorhafen für die Ruhr, Rheinschiffahrt. Alles ist so nahe — nichts ist fremd und fern, die Arbeiter Europas sind eine große brüderliche Gemeinde. Si, Senjore; si, Companeri; jawohl, Genossen, so ist das! Arbeit ist Segen, Arbeit verbündet, Arbeit soll uns frei machen. Sozialistische Wirtschaft. Die sozialistische Volkswirtschaft ist als Gedanke und Ziel bereits

Vom Standpunkt des deutschen Gewerkschafters aus erscheint uns Busch natürlich in vielen Dingen befangen. Sein bürgerlicher Horizont erlaubt ihm nicht, aus der Welt des Klassenbewußten Arbeiters zu schöpfen. Sein soziales Kulturideal war das des deutschen Liberalismus. So erscheint uns Busch natürlich in vielen Dingen rückständig, aber seine große Kunst hilft uns immer wieder darüber hinweg. Das ist eben das Geheimnis geborener Künstler, daß sie uns immer wieder mitreißt. Auf das politische Gebiet ist Busch nur mit seinem „Paler Filuzius“ gegangen. Diese Figur ist allerdings aus der Zeit des Kulturkampfes zu verstehen; man muß sich bei dieser Schöpfung an die Zeit der Hochflut des Liberalismus erinnern, um den Schlüssel dazu zu finden.

Busch ist hauptsächlich ein deutscher Dichter. Die allermeisten seiner Dichtungen lassen sich dem Zustand kaum verständlich machen. Nur wer die deutsche Art, die Schwerfälligkeit des deutschen Philisters kennt, versteht Buschs Satire. Deshalb wird Wilhelm Busch wohl nur in Deutschland populär bleiben. In dieser geographisch-ethnologischen Beschränkung liegt die tiefe lokale Intensität seiner Werke. Zum Schluß noch ein sozial angehauchtes Gedicht von ihm:

„Was fällt da im Postkettgesträuch
Dem fremden Hunde ein?!
Gehi man vorbei, so bellt er gleich
Und scheint wie toll zu sein.
Der Gärtner host die Klinte her,
Es knallt im Augenblick.
Der arme Hund, getroffen schwer,
Bankt ins Gebüsch zurück.
Wier kleine Hündchen liegen hier
Nackt, blind und unbewußt,
Sie saugen emsig alle vier
An einer toten Brust.“

Th. Th.

in der spanischen Verfassung klar geprägt, häret auch noch dieses: „Die Wirtschaft soll nur ein Mittel sein, um die kulturellen Werte erst richtig zu ermöglichen und immer noch reicher auszugestalten.“ Ja, Freunde, schlägt euch das Herz nicht höher? Solche Gedanken haben Spaniens Sozialisten in der Verfassung verankert. Unser internationaler Parteigenosse, der Unterrichtsminister Fernando de los Rios. Viva Espana libra! Hoch das freie Spanien!

Und jetzt folgen wir einer Einladung unserer Genossen — wir fahren als Besucher nach Cartagena, mit der Elektrischen, von Stadt La Union aus. In ner halben Stunde sind wir in Cartagena.

Die große Seestadt, 100 000 Bewohner. Das neue Cartagena ist regelmäßig gebaut, eine ganz moderne Stadt, viel Industrie und große Hafenanlagen. Einfuhr: englische Kohle und Maschinen aus Deutschland. Ausfuhr: Erz, Espargros und Süßfrüchte. Alocha: Espargros von den Hochsteppen, es geht zur Papierfabrikation nach England — nach Liverpool und Glasgow.

Cartagenas Industrie: Textilien, Papier und Glas. Schon seit phönizischen Zeiten ist in Cartagena die Glasfabrikation zu Hause. Cartagena ward im 7. Jahrhundert vor Christus von den seebeherrschenden Phöniziern als Burg und Handelsplatz gegründet, um der Erze willen: Silber, Zinn, Blei! Die phönizische Kolonie hieß Mesenia. Später ward das phönizische Mesenia großgriechisch. Dann verfiel es. Aber im Jahre 225 vor Christus gründete der karthagische Feldherr Hasdrubal auf den Trümmern von Mesenia wiederum eine Stadt: Neu-Karthago, Cartago Nova. Es ward mächtig wie das alte Mutter-Karthago, es ward reich und herrschend — um seiner Erze willen, Cartago Nova war die Herrin der Iberisch-spanischen Halbinsel und des gesamten westlichen Mittelmeers. Auf Karthago folgte Rom als Herr. Anno 425 nach Christus ward Cartagena von den germanischen Vandalen verwüstet. Im Jahre 534 konnten die Byzantiner. Und Anno 624 sind die Westgoten da. Mit der Araberzeit vom Jahre 711 begann eine Epoche hoher Kultur für Cartagena — die arabische Herrschaft war milde und gerecht. Gewerbe, Erzbau, Handel, Künste und Wissenschaft blühten. Im Jahre 1263 ward Cartagena — kastilianisch-christlich, eine andere „Kultur“ begann: die Inquisition, mit ihren Keiferneuern, wer nicht „rechtgläubig“ war, der ward verbrannt! Aber auch diese Zeit ging vorüber. 1873 bis 1874 war Spanien Republik, der feste Südpunkt der Republikaner war Cartagena — und heute steht unter Partelpalmen das Denkmal für die erschossenen ersten Republikaner der Stadt Cartagena: Bronze von La Union! Arbeitergeist!

Cartagena, Handelshafen, Kriegshafen. Aber die Arsenal und Werften sind umgestellt — Cartagena baut keine Panzer und Torpedos mehr, sondern Erzschiffe und landwirtschaftliche Maschinen. Handel und Industrie! Es gibt Schifflinien nach dem nahen Afrika hinüber: nach Ouan in der Algerie, und feste Dampferlinien nach Marseille, London, Hamburg und Oslo. Cartagena atmet gesund: Weltenhandel! Die alten Kastele auf den Bergen über Cartagena sind keine bissigen Wächterhunde mehr, die Kanonen verrostet, aber die Funktürme von Cartagena blitzen und sprechen: „Friede für alle, das neue Spanien!“

Max Dortu.

14.
Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlungen des fälligen Beitrags für die Zeit vom 27. März bis 2. April 1932

Kamerad!

Die Bestrebungen unserer Organisation decken sich mit der Arbeit der Konsumgenossenschaften. Nach Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse ist nicht nur die gewerkschaftliche Organisation, sondern auch die Mitgliedschaft in der Genossenschaft unbedingt erforderlich.

Schließe dich dem Konsumverein in deinem Bezirk an!

Ruinöse Wirtschaft im polnischen Bergbau.

Ein verlorener Streik. Irrsinnige Kohlenpolitik. Zehntausenden in Osterschlesien. Millionengeldente der Grubenbarone an Hitler.

Nach vierwöchiger Dauer mußte der Streik der Bergarbeiter in den Revieren Dombrowa und Krasau wegen Ausichtslosigkeit abgebrochen werden. Diesen Beschluß fasste eine am 17. März stattgefundene, von etwa 200 Delegierten besetzte Revierkonferenz des polnischen Bergarbeiterverbandes, die in einer Entschliessung folgende Gründe angibt: Mit Rücksicht darauf, daß die streikenden Bergarbeiter seitens der ober-schlesischen Kameraden im Stich gelassen wurden, daß nach dem einmonatigen verzweifelten Kampf in die Bergarbeiterfamilien eine entsetzliche Not einkehrte, daß in kürzester Zeit die Belegschaften aller polnischen Gruben wieder in eine Abwehrstellung gedrängt werden, mußte der weitere Kampf als aussichtslos gelten. Die streikenden Bergarbeiter konnten deshalb ihr Ziel — Zurücknahme der achtprozentigen Lohnverschlechterung — nicht erreichen. Die Konferenz dankt allen Kämpfern für die mustergültige Solidarität sowie allen Organisationen, die nebst tausenden hilfsbereiter Menschen den um das nackte Leben ringenden Grubenfamilien unter die Arme gegriffen haben. Den Hinterbliebenen der von der Polizei ermordeten Bergarbeiter spricht die Konferenz das tiefste Mitgefühl aus und erklärt, daß sie zu der Verbandsführung nach wie vor das vollste Vertrauen habe.

Der Streik war ein wahrhaft heldenhafter Kampf der im Glend verkommenden Kohlenarbeiter mit den kapitalistischen Haisfischen. Es gehört wirklich viel Mut, Energie und Willenskraft dazu, um vier lange Wochen zu hungern und zu darben. Kein Bergmann hat einen Notgroschen auf der Kante und der Verband konnte auch nur eine geringe Summe für Unterstützungszwecke bereitstellen. Nur der tiefe Glaube an die gerechte Sache konnte die Bergarbeiter zu einer lückenlosen einträchtigen Streikarmee gegen das rücksichtslose Grubenkapital zusammenschweißen. Bewunderung heischt besonders die Haltung der Bergarbeiterfrauen, -mütter und -töchter, die ja den Streikfolgen am schwersten ausgekehrt waren und doch die Streikenden zum Ausharren immer wieder anfeuernten. Der Arbeiterklasse des ganzen Landes war es sofort bewußt, daß in den Bergrevieren auch um ihre Existenz gekämpft wird. Deshalb beteiligte sie sich so eifrig an dem Hilfswerk zugunsten der Streikenden und ihrer Familien. Leider reichten die eingegangenen Mittel nicht aus, um der ärgsten Not zu begegnen, da ja die meisten Arbeitnehmer infolge der Krise den Beistand nicht aus der Hand lassen. Gegen die Macht der Grubenherren und ihrer Handlanger, Regierung und Polizei, konnten die veredeltenen Grubenproleten nichts ausrichten; mit allen Ehren sind sie unterlegen.

Die Kohlenpolitik der Regierung, die mit allen Mitteln die Kohlenausfuhr auf Kosten der inländischen Verbraucher forciert, erlaubt den Grubenherren geradezu eine Verschleuderung der Kohle ins Ausland. In den weit entfernten Orten Bolens kostet die ostoberschlesische Kohle bis 70 Zloty und darüber je Tonne, also etwa doppelt soviel wie in Deutschland. Das ist ein Preis, der wohl auf der ganzen Welt nicht überboten wird. In Osterschlesien selbst kostet die Tonne 42 Zloty. Nach den nordischen Ländern aber geht die Kohle zu einem derart niedrigen Dumpingpreis, daß beispielsweise die Danziger Kohlenländer die Ausfuhrkohle wieder nach Osterschlesien zurückschicken und dort die Tonne für 27 Zloty anbieten. Dabei verdienen sie noch ganz gut trotz der kostspieligen Rückfuhr. Diese irrsinnige, ja geradezu idiotische Ausfuhrpolitik ist in einem anderen Lande kaum denkbar. Jeder wird fragen: Wie ist eine solche ruinöse Kohlenwirtschaft möglich? Sie ist dadurch möglich, daß die Grubenbesitzer die Regierung bezüglich der Produktionskosten nach Strich und Faden beschwindeln und ihr alle gewöhnlichen Erleichterungen erpressen. Hier darf übrigens hinzugefügt werden, daß die Regierung sich willig beschwindeln und erpressen läßt, denn bis jetzt hat sie es ernstlich noch nicht versucht, die Angaben der Grubenherren und die falschen Bilanzen nachzuprüfen. Wenn es einem von der Regierung beauftragten Revisor trotzdem gelingt, sich durch das Netz der gewagtesten Kalkulationen durchzuzwängen, dann wird er mit einem hochbezahlten Posten getarpt und mit diesen Lantlemen seinem Staatsamt abspenstig gemacht. Das ist eine der vielen Ursachen, weshalb es der Regierung niemals gelingt, das Geheimnis der wirklichen Produktionskosten zu lüften. Da ist z. B. der gewesene Ernährungsminister C r o d z i e k i, der mit dem Posten eines Generaldirektors des Eisenhütteninstituts angelockt wurde. Allerdings: 60 000 Zloty monatlich ist etwas mehr als ebensoviele jährlich auf dem Ministerfelle. Und solcher Generaldirektoren gibt es eine ganze Reihe, die neben ihren Mammutgehältern noch 25 Groschen je ausge-

führte Tonne einfaßen. Wie hoch deren weiteres Einkommen aus Lantlemen und Dividenden ist, bleibt sogar dem Finanzamt ein Buch mit sieben Siegeln. Diese Generaldirektoren sind auch die Väter der irrsinnigen Kohlenpolitik und der für das Land so ruinösen Ausfuhrwirtschaft, die obendrein durch die Regierung eifrig gefördert und mit den rigoros eingetriebenen Steuergrößen der armen Leute bezahlt wird.

Der achtprozentige Lohnabzug, der die Kohlenausfuhr auf Kosten der Bergarbeiter finanziert, hat zunächst eine unerwartete Fernwirkung ausgelöst. Die englischen Grubenbesitzer ermäßigten nämlich ihre Ausfuhrkohle um weitere 1 1/2 Schilling je Tonne, um die polnische Kohle aus dem Felde zu schlagen. Um in diesem Konkurrenzkampf nicht zu unterliegen, trugen sich die ober-schlesischen Grubenbesitzer mit der Absicht, den Bergarbeitern erneut einen ansehnlichen Lohnraub aufzuzwingen. Dann wird wohl ein allgemeiner Abwehrstreik mehr Erfolg haben als die verunglückte Januaraktion. Die polnischen Bergarbeiter verdienen jetzt nur noch die Hälfte des deutschen Bergarbeiterlohnes, sie müssen darum bei einem neuen Lohnabzug noch Geld mitbringen und den armen Grubenbesitzern opfern. Den achtprozentigen Lohnraub begründeten die Kohlenmagnaten auch damit, daß der erhöhte Kohlenexport den Bergarbeitern nicht nur mehr Arbeit verschaffe, sondern auch die Stilllegungen und sogar die Feierschichten verhindere. Aber gleich nach dem Schiedspruch piffen die Grubenbesitzer aus einem anderen Loch: sie legten die Kleophasgrube mit 2000 Mann Belegschaft still. Diese Maßnahme war das Signal zur Antikündigung einer ganzen Reihe von weiteren Stilllegungen, die 10 Gruben mit 21 000 Mann Belegschaft umfassen. Darunter befinden sich die technisch bestausgerüsteten Gruben Laura, Wolszang-Pawel, Hildenbrand und Florentine. Wenn die angekündigten Stilllegungen erfolgen, dann wird Osterschlesien einem wahren Grubensiedhof gleichen. Schon jetzt sieht man Scharen von arbeitslosen Bergarbeitern die Felder durchwühlen und nach Kohlenadern suchen. Mit Säcken und Karren wandern die armen Leute zu den lochhüftigen Stellen. Dasselbe Bild wie im Ruhrgebiet beim Franzosenfall. Werks- und Gemeindepolizisten machen Jagd auf die Kohlenfucher. Was schade!s, wenn so ein Habenichtsch verkehrt oder gar getötet wird! Das Eigentum ist in diesem frommen Lande doppelt heilig. Die von den Stilllegungen bedrohten Gemeinden lenden verzweifelte Hilferufe nach Warschau, aber, wie es scheint, mit wenig Aussicht auf Erfolg. Die Gemeinden erbieten sich, die Gruben in Pacht zu nehmen. Nach genauer Berechnung ist sogar bei einem Tonnenpreis von 18 Zloty eine gute Rentabilität des Grubenbetriebes garantiert. Diese Kalkulation zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie schamlos die Grubenbesitzer die armen Kohlenverbraucher ausplündern, indem sie ihnen einen zweimal höheren Preis abnehmen und dann Gruben wegen angeblicher Unrentabilität einfach zumachen.

Eine höchst interessante Angelegenheit kam anlässlich der Stilllegungsverhandlungen mit dem Demobilisationskommissar zur Sprache. Es wurde nämlich die Behauptung aufgestellt, daß der Generaldirektor P i e l e r vom Ballestremkonzern nicht weniger als

40 Millionen Zloty oder etwa 19 Millionen Mark der deutschen Hitlerpartei zur Verfügung stellte!

Wenn wir auch glauben, daß die ostoberschlesischen Kohlen- und Eisenherren soviel Geld kaum flüssig machen können, so werden sie doch einige Milliarden für diesen löblichen Zweck übrig gehabt haben. Von einer Hitlerdiktatur in Deutschland erhoffen die Grubenkapitalisten allerhand, mindestens eine kleine Inflation, womit sie ihre Schulden aus der Westentlastung bezahlen. Da ist es schon glaubhaft, wenn sie einige Millionen auf diese Hazardarie setzen. Hat doch auch Wilhelm der Letzte, wie in der ausländischen Presse zu lesen ist, 250 000 M. für Hitlers glorreichen Sieg gestiftet. Nicht umsonst steigen seine „gottbegnadeten“ Sproßlinge zum Nazivolke herab. Hitler ist deren letzte Hoffnung. Wenn die zu Effig gerinnt, ist die Gottesgnadenherrlichkeit für immer vorbei.

Nun kann man auch verstehen, warum die ostoberschlesischen Grubenbesitzer, die zu 90 Proz. Deutsche sind, so oft auf Lohnraub ausgehen und die Kohlenverbraucher so schamlos ausplündern. Man kann es aber nicht verstehen, daß die Regierung den Lohnräubern willige Hilfe leistet und ihnen gestattet, Millionen für eine Bewegung herzugeben, die ganz Europa in ein neues Kriegsgemezel zu stürzen geeignet ist. Victor Kalinowski.

Zwei Jubilare 25 Jahre angestellt.

Am 1. April können zwei alte Kämpfer auf eine 25jährige Angestelltenzeit in unserem Verbandsverbande zurückblicken, und zwar ist es einmal

August Reddigau,

der jetzige Bezirksleiter in Halle. Reddigau war langjähriger ehrenamtlicher Funktionär und wurde später auch Bezirksvertrauensmann. Dabei hat er großes Geschick entwickelt und sich soviel Vertrauen erworben, daß er am 1. April 1907 als Bezirksleiter in Helmstedt angestellt wurde. Von dort kam er später abwechselnd nach Hannover, Salzgungen und dann nach Halle, wo er heute noch als Bezirksleiter tätig ist.

Heinrich Maneteller

wirkte im Dortmunder Bezirk. Auch er war frühzeitig Funktionär unserer Bewegung und brachte es gleich Reddigau auch zum Bezirksvertrauensmann. Als sich dann 1907 die Anstellung eines neuen Kollegen notwendig machte, fiel auf ihn die Wahl, da er sich durch seine ehrenamtliche Tätigkeit das Vertrauen der Mitgliedschaft und der Verbandsleitung erworben hatte. Sein Wirkungsbereich war immer der Dortmunder Bezirk und die Geschäftsstelle Castrop, wo er heute noch seine Tätigkeit ausübt.

Beide Kollegen haben sich um den Aufstieg und den Ausbau der Organisation sehr verdient gemacht und ungezählte Erfolge für ihre Kameraden im Arbeitsverhältnis erristeten. Auch heute noch stehen sie in voller Rüstigkeit im Kampfe und sind uns mit dem reichen Schatz ihrer Erfahrung gerade in dieser Krise eine wertvolle Stütze. Wir beglückwünschen die beiden Kollegen zu ihrem Jubiläum und sprechen sicher auch im Namen aller Mitglieder, die mit ihnen zusammen an unserer Sache wirken, wenn wir dem Wunsche Ausdruck geben, daß beide noch recht lange ihre führenden Funktionen im Interesse der Bergarbeiter ausüben können.

Krümpersystem und Wirtschaftlichkeit.

Unser Verband bemüht sich ständig, zur Vermeidung von immer mehr Bergarbeiterentlassungen bzw. zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für entlassene Bergarbeiter auch im Ruhrbergbau das Krümpersystem einzuführen. Bisher weigerten sich Ruhrgebietsherren mit der Begründung, daß das Krümpersystem eine Starrheit der Förderungsleistung voraussetzt und der ständig wechselnden Abschläge in den einzelnen Sorten nicht gerecht wird, weil technische Schwierigkeiten, besonders die Ausweyhlung der Spezialarbeiter, im Wege stehen, weil die Unfallgefahr größer ist und weil der Ruhrbergbau ein anderes Urlaubsjahr hat als Niederschlesien.

Selbst an Seite mit den Ruhrgebietsherren kämpfen auch die Kommunisten gegen die Gewerkschaften und Einföhrung des Krümpersystems.

Nun hat aber die bisherige Erfahrung gelehrt, daß sich das Krümpersystem dort, wo es im Bergbau durchgeführt werden konnte, sehr vorteilhaft für die Arbeiterschaft auswirkt, worauf es ja in erster Linie für uns ankommt. Daß aber auch das Argument der Unternehmer nicht stichhaltig ist, wonach das Krümpersystem wegen seiner rein wirtschaftlichen Schädlichkeit nicht eingeführt werden kann, beweist folgende Ausfuhrung hierüber, die wir einem Artikel von Dr. Jol. Winichuk, M. d. R., entnehmen, den „Der Arbeitgeber“, Zeitschrift des Deutschen Arbeitgeberverbandes, veröffentlicht:

„Unter Krümpersystem versteht man die zeitweilige Werksbeurlaubung eines Teils der Belegschaft und ihren Ersatz durch bisher Beurlaubte. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit lösen sich also in einem bestimmten Turnus ab. Man geht beim Krümpersystem, anders als beim elastischeren System der Feierschichten, von einer für längere Zeit berechneten Leistungsmenge aus, berechnet die dafür erforderliche Arbeiterzahl, erhöht aber diese, indem man die Arbeiter umschichtig für einen bestimmten Zeitraum die Arbeit aussetzen läßt, also werksbeurlaubt, und dafür Ersatzkräfte einleibt. Man kann diese Maßnahmen durch Betriebsvereinbarung durchführen. Will man aber Deputate und Urlaub entsprechend abändern, bedarf es einer Vereinbarung der Tarifparteien.“

Dieses Arbeitskrümpersystem hat man im niederschlesischen Bergbau eingeführt. Die Erfahrungen mit ihm haben befriedigt. Die Arbeiter werden umschichtig für einen Monat werksbeurlaubt. Die von den technischen Beamten erwarteten Leistungsrückgänge sind nicht eingetreten. Bei der Niederschlesischen Bergbau AG. hat sich die Rohförderung je Kopf der Belegschaft vom September bis einschließlich Dezember 1931 günstig entwickelt, wie aus folgender Uebersicht hervorgeht:

September 1931 (vor Einführung des Krümpersystems)	986 kg
Oktober 1931 (1. Monat des Krümpersystems)	997 kg
November 1931 (2. Monat des Krümpersystems)	1004 kg
Dezember 1931 (3. Monat des Krümpersystems)	1012 kg

Die Leistung ist allerdings im Januar gegen Dezember erheblich zurückgegangen, doch wird dieser Rückgang von den Beamten nicht dem Krümpersystem, sondern der Arbeitsunlust zugeschrieben, die durch die Lohnherabsetzung der Dezember-Notverordnung entstanden sei.“

Aus dem Ruhrrevier.

Wichtiger Beschluß des Kleinen Ausschusses der Treuhandstelle in Essen.

Nach den allgemeinen Bestimmungen über die Mietsfestsetzung bei den Bergmannsiedlungen im Bereich der Treuhandstelle Essen richten sich die Mieter unter anderem auch nach der Einwohnerzahl der einzelnen Orte.

Bei den im Jahre 1929 im Ruhrgebiet erfolgten großen Eingemeindungen sind eine Reihe Orte unter 100 000 und unter 10 000 Einwohner in Großstädte eingemeindet worden. Automatisch hätten die Mieter in diesen Orten den Großstadt-Mieten angepaßt werden müssen. Dieses würde für die Mieter in kleineren Orten eine sofortige erhebliche Mieterhöhung bedeuten haben. Es wurde daher beschlossen, die Erhebung der höheren Mieten erst nach Ablauf von drei bzw. fünf Jahren vorzunehmen, um sie den Großstadt-Mieten anzupassen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, obwohl mit den Eingemeindungen für die Bergmannsiedlungen infolge erheblich höherer Gemeindeabgaben eine starke Belastung eintrat. Diese haben die Bergmannsiedlungen ohne Mieterhöhung bis jetzt getragen. Trotz der hieraus sich immer schwieriger gestaltenden Verhältnisse bei den Bergmannsiedlungen hat der Kleine Ausschuß der Treuhandstelle in seiner Sitzung am 22. März 1932 beschlossen, die ab 1. April vorzunehmende Mieterhöhung für die eingemeindeten Orte auf ein weiteres Jahr auszufragen. Der Beschluß wurde gefaßt mit Rücksicht auf die elenden Einkommensverhältnisse der Mieter, auf die die Arbeitnehmervertreter besonders hinwiesen.

Aus der Vorstandssitzung der Reichsnapphschaft.

Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sollen auch abgefundenen Rentenbezüge das Ruhen der Leistungen aus der Pensionsversicherung bewirken. In der Durchführungsverordnung zur Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wird jedoch bestimmt, daß nur diejenigen Abschindungen das Ruhen bedingen, die nach dem 1. Januar 1932 erfolgt sind. Wenn also jemand vor dem Zeitpunkt abgefunden worden ist, kann die Pension nicht zum Ruhen gebracht werden. Der Vorstandsbeschluß vom 18. September 1928, nach welchem bisher verfahren wurde, ist als aufgehoben zu betrachten.

Einem Abkommen, das die Oberschlesische Knapphschaft mit dem Pleschischen Knapphschaftsverein in Polnisch-Oberschlesien getroffen hat und das gegenseitige ärztliche und Arzneiverforgung der kurberechtigten Mitglieder zum Inhalt hat, stimmte der Vorstand zu. Der Wiedereinführung von Mehrleistungen im Bereich der Niederschlesischen Knapphschaft mußte vorläufig die Zustimmung verweigert werden, weil dem Vorstände Unterlagen, aus denen die Zahlungsfähigkeit der Niederschlesischen Knapphschaftstrankenkasse einwandfrei hervorging, nicht vorlagen. Die Erledigung der Angelegenheit wurde deshalb vertagt. Es erschien auch nicht tunlich, der Wiedereinführung sofort zuzustimmen, da die Pensionskasse in den Monaten April und Mai schwer zu kämpfen haben wird, die Mittel flüssig zu machen, um die Pensionen weiter zahlen zu können. Im Notfall müssen flüssige Mittel der Krankenkasse zur Anshilfe der Pensionskasse verwendet werden.

Bei Heilverfahren in geschlossenen Heilstätten wurde von der Knapphschaft von der fünften Woche ab erhöhtes Hausgeld bezahlt. In Anbetracht der Notlage der Invalidenversicherung entstand die Frage, ob das erhöhte Hausgeld bis bisher ohne Rücksicht auf besondere Bedürftigkeit gezahlt werden sollte. Der Vorstand entschied sich dafür, daß das erhöhte Hausgeld auch weiter zu zahlen ist. Jedoch soll es nach der Zahl der zu unterstützenden Personen abgestuft werden. Die Abstufung ist wie folgt vorgenommen worden:

1. Für eine zu unterstützende Person 50 % des Krankengeldes.
2. Für zwei zu unterstützende Personen 60 % d. Krankengeldes.
3. Für drei zu unterstützende Personen 70 % d. Krankengeldes.
4. Für vier zu unterstützende Personen 80 bis 90 % des Krankengeldes.
5. Für fünf und mehr zu unterstützende Personen 90 bis 100 % des Krankengeldes.

Im übrigen bleibt es dabei, daß bei Heilverfahren von zwölfwöchiger oder längerer Dauer der Unterschied gegenüber dem geschlichen und dem erhöhten Hausgeld auch für die ersten vier Wochen nachzuzahlen ist.

Bei Gewährung von Zuschüssen zum Zahnarzt aus der Invalidenversicherung ist von der Herausgabe von Richtlinien abgesehen worden, jedoch soll die Verwaltung der Reichsnapphschaft die Bezirksnapphschaften darauf hinweisen, daß wenig Mittel zur Verfügung stehen und deshalb eine gewisse Beschränkung bei der Zuschußgewährung am Platze ist. Für Heilverfahren konnten für das Jahr 1932 nur 6 Prozent der Beitragseinnahmen der Invalidenversicherung zur Verfügung gestellt werden. In diesen 6 Prozent müssen bei den eigenen Heilstätten der Knapphschaft die Kosten für die Abschreibungen einbezogen werden.

Ueber die Durchführung der Gehaltsangleichung sowohl der unter den Tarifvertrag fallenden als auch der leitenden Angestellten lagen Berichte der Bezirke vor. Der weitestgehende Ausbau mußte im Bereiche der Ruhrnapphschaft vorgenommen werden. Leider sind die Organe der Reichsnapphschaft nicht in der Lage, die Angleichung der Zahl der Angestellten an den verminderten Belegschaftsstand vorzunehmen, da der größte Teil lebenslängliche Verträge hat und nicht abgebaut werden kann. Bei der Ruhrnapphschaft, die in kurzer Zeit die Hälfte ihrer Mitglieder verloren hat, wirkt sich dieser Umstand besonders drückend aus. Die Knapphschaft, der man schon bei der Gründung die Lasten aus allen Verträgen der Tarif- als auch der leitenden Angestellten der früheren Knapphschaftsvereine aufgeladen hat, sieht sich gezwungen, die Reichsregierung auch in dieser Hinsicht um Hilfe anzugehen. Es müßte ihr ein Teil der mit lebenslänglichen Verträgen versehenen Angestellten vom Reich abgenommen werden. Der Schrumpfsungsprozeß im Bergbau, von dem man heute noch nicht sagen kann, ob er seinen tiefsten Stand erreicht hat, wirkt sich bei der Knapphschaft auch in Hinsicht ihrer Angestellten katastrophal aus.

Dem Knapphschaftsältesten K ö d d e r t h aus der Halleschen Knapphschaft, der seit Gründung der Reichsnapphschaft dem Vorstände als Mitglied angehört, sprach der Vorsitzende aus Anlaß seiner 25jährigen Tätigkeit als Knapphschaftsältester eine Anerkennung aus.

Aus dem Saarrevier.

Was muß der Saarbergarbeiter im Betrieb wissen?

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter hat mit den übrigen Tarifverbänden bei der Generaldirektion Beschwerde über die Auslegung einzelner Bestimmungen durch die einzelnen Divisionen geführt.

Die Generaldirektion hat durch Dienstanweisungen die Beschwerden abgestellt.

1.

Wann muß der Sicherheitsmann nach § 24 der Arbeitsordnung bei Zahlung unter dem Mindestlohn gehört werden?

Die Lohnfestsetzung erfolgt bis zum 5. des Monats. Einzelne Divisionen hörten den Sicherheitsmann am 12. oder 15. des Monats, als der Lohn längst festgesetzt war. Die Gewerkschaften bezeichneten die Handhabung als dem Sinne der Arbeitsordnung widersprechend.

Die Dienstanweisung der Generaldirektion bestimmt: „Nach § 24 der Arbeitsordnung muß der Sicherheitsmann der Abteilung in die Lage versetzt werden, seine Feststellungen vorzutragen, damit man eine Kameradschaft unter dem Mindestlohn entlohnen kann.“

Diese Anhörung des Sicherheitsmannes muß vor der endgültigen Festsetzung der Löhne erfolgen, d. h. vor dem 5. des folgenden Monats. Im Falle der Abwesenheit des Sicherheitsmannes der Abteilung muß der Sicherheitsmann der Nachbarabteilung, der ihn vertritt, gehört werden.“

2.

Wo muß der Bergmann seine Brotpause halten?

In der Arbeitsordnung ist nur bestimmt, daß die Pause eine halbe Stunde nicht überschreiten darf. Uebereifrige Beamte glauben sich verdient zu machen, wenn sie dem Bergmann die Pause um fünf oder zehn Minuten verkürzen. Diesen Zweck glauben die Herren dadurch zu erreichen, daß sie Befehl gaben, daß das Brot beim Arbeitspunkt im Kohlenstoß gegessen werden muß. Besonders auf Inspektion von der Handt wurden die Bergarbeiter, die den Befehl nicht befolgt, bestraft.

Die Gewerkschaften wendeten sich gegen diesen Zwang und verlangten, daß der Bergmann sein Brot an einem von Kohlenstaub und sonstigen Einwirkungen freien Ort zu sich nimmt, welchen er selbst bestimmt.

Die Generaldirektion hat diese Beschwerde durch nachstehende Dienstanweisung geregelt:

Betr. Ergänzung des § 3 Absatz 1 des Manteltarifvertrages vom 1. Mai 1929.

„Der Manteltarif bestimmt, daß die Brotpause während der Schicht für die Arbeiter unter Tage eine halbe Stunde nicht überschreiten darf. Die Zeit für diese Pause richtet sich nach den Betriebsverhältnissen.“

An dieser Bestimmung wird nichts geändert.

Der Haupttarifausschuß hat jedoch zur Ergänzung dieser Bestimmung bestimmt, daß die Kameradschaften den Ort der Brotpause selbst bestimmen, ohne daß hierdurch die Brotpause über die Höchstgrenze von einer halben Stunde verlängert werden kann. Es bleibt daher den einzelnen Kameradschaften, insbesondere den Kameradschaften in den großen Stößen überlassen, ob sie das Brot in der Arbeit selbst oder in der Strede

zu sich nehmen wollen. Beschließt eine Kameradschaft, ihr Brot nicht in der eigentlichen Arbeit zu sich zu nehmen, d. h. während der Brotpause in die nächstgelegene Strede zu gehen, so wird ausdrücklich bestimmt, daß die Zeit für die Zurücklegung des Weges von der Arbeitsstelle zum Brotplatz und zurück stets in der halbstündigen Pause einbezogen ist.“

3.

Die Sicherheitsmänner und Arbeiterauschufsmittglieder sind an den Tagen der Arbeiterauschufshilfungen unter Fortzahlung des Lohnes arbeitsfrei.

Die Sicherheitsmänner und Arbeiterauschufsmittglieder mußten an Tagen der Sitzungen arbeiten, da dieselben gewöhnlich nach der Frühschicht abgehalten wurden. Einzelne Stunden Arbeitsverfehmung wurden vergütet. Diese Vergütungen hatten die Divisionen eingestellt. Die Beschwerde des Verbandes fand ihre Regelung in folgender Dienstanweisung:

„Die Mittglieder der Arbeiterauschufshilfe (Sicherheitsmänner und Arbeiterauschufsmittglieder), welche einer Sitzung dieser Ausschüsse (Arbeiterauschuf, Tarifausschuf) betwohnen, werden für diese Sitzungen so bezahlt, als wenn sie eine Mittagschicht verfahren hätten, d. h. sie erhalten den Lohn für eine ganze Schicht, gleich wie lange die Sitzung dauert und ohne daß sie am Ende der Sitzung noch den Rest der Mittagschicht zu verfahren haben. Sie dürfen an diesem Sitzungstage nicht auf einer anderen Schicht beschäftigt werden.“

4.

An welchen Feiertagen wird die Familienzulage gezahlt?

Ganz schlaue Beamte hatten festgestellt, daß, wenn der Bergmann einen Tag vor einer Feiertagschicht krankfeiert, er unbedingt am nächsten Tage der Feiertagschicht auch krank sein muß und deshalb die Familienzulage nicht erhalten kann. Auch das Fehlen am folgenden Tage nach der Feiertagschicht wurde als Krankheitschicht der Feiertagschicht angesehen.

Dieser Weisung hat auf Antrag der Gewerkschaften die Generaldirektion durch nachstehende Dienstanweisung eine klare Auslegung gegeben:

(Anlage V des Lohnvertrages.)

„In Ergänzung der Bestimmung in Anlage V des Lohnvertrages wird folgendes bestimmt:

Die Berechnung für die Zahlung der Feiertagsvergütung (Familienzulagen) für Tage von Feiertagschichten hat nach folgender Anweisung zu erfolgen:

Als verfahren Schichten gelten:

- a) die wirklich verfahrenen Schichten,
- b) bezahlte Urlaubsschichten,
- c) unbezahlte Urlaubsschichten,
- d) Krankheitschicht,
- e) Feiertag ohne Urlaub.

Die Zuschläge für Sonntagschichten bleiben bei Berechnung der verfahrenen Schichten außer Betracht, so daß also nur die wirklich verfahrenen Arbeitszeit zu berücksichtigen ist.

Es ist nun vorgekommen, daß man Arbeitern, die am Tage nach einer Feiertagschicht krankfeierten oder feierten, als Schicht die Feiertagschicht selbst angerechnet hat, da man annahm, daß der Arbeiter, wenn er am Tage nach einer Feiertagschicht feierte, auch an der Feiertagschicht selbst gefehlt hätte.

Um alle Zweifel zu beheben, wird daher bestimmt, daß nur die vorgenannten unter a) bis e) aufgeführten Tage als Schicht

ten für die Berechnung der Familienzulagen zählen und daß dann die Feiertagschicht selbst ebenfalls als Feiertagschicht mitgerechnet wird, wenn der Arbeiter vor und nach der Feiertagschicht gefehlt hat. Nur in diesem Falle kann angenommen werden, daß der Arbeiter auch die Feiertagschicht, wenn an dieser gearbeitet worden wäre, verfehlt hätte.

Beispiel:

Hat ein Arbeiter in einem Monat, in dem 26 normale Arbeitstage sind, 18 Schichten verfahren, fehlte er an einem Tage nach einer Feiertagschicht, so werden 19 Schichten als für die Berechnung der Familienzulagen für Feiertagschichten angenommen, so daß ihm also in diesem Falle für 18 + 1 = 19 Schichten das Frauen- und Kindergeld gezahlt wird. Hat dieser Arbeiter dagegen 18 Schichten verfahren und außerdem an einem Tage vor einer Feiertagschicht und an einem Tage nach dieser Feiertagschicht gefehlt, so hat er eigentlich für die Vergütung der Feiertagschichten an 3 Tagen gefehlt. Er erhält daher nur für 18 verfahrenen Schichten zuzüglich 3 Feiertagschichten = 21 Schichten die Familienzulage.“

5.

Behandlung der Arbeiter bei Lohnrestzahlung.

Anfolge von Entlassungen ist es vorgekommen, daß die Bergarbeiter monatelang ihrem verdienten Lohne nachlaufen mußten. Die nachfolgende Dienstanweisung der Direktion regelt auf diesen Vorgang:

„Ueber die Behandlung der bei den Arbeiterentlassungen verbleibenden Lohnreste besteht zu noch verschiedentlich Zweifel, so daß mit sofortiger Wirkung folgendes bestimmt wird:

Hat ein Arbeiter, der aus der Belegschaft ausgeschieden ist, bei der Hauptabrechnung einen ihm zustehenden Betrag nicht abgeholt oder abholen lassen, so hat das Lohnbüro folgendes Verfahren anzuwenden:

1. Dem betreffenden Arbeiter ist, sofern seine Adresse bekannt ist (was nur in einzelnen Fällen nicht der Fall sein wird, wenn der Arbeiter z. B. flüchtiggegangen ist), sein Lohnzettel nebst der Lohnquittung mit der Post zu übersenden mit der Aufforderung:

- a) unter Vorlage der Lohnquittung und des Personalausweises das Geld persönlich auf der Inspektionkasse abzuholen oder, falls ihm dies nicht möglich,
- b) entweder die Lohnquittung zu unterschreiben und dieselbe einem mit Vollmacht versehenen Arbeitskameraden zwecks Abholung des Lohnrestes auf der Inspektionkasse mitzugeben oder
- c) die Lohnquittung zu unterschreiben und der Inspektionkasse zurückzusenden, worauf ihm das Geld unter Abzug der Postkosten mittels Postanweisung übersandt wird.

2. Sofern der Aufenthalt des Arbeiters nicht zu ermitteln ist, verbleibt das Geld bis zum Eintritt der gesetzlichen Verjährung zur Verfügung des Arbeiters bei der Inspektionkasse, um dann in die Arbeiterunterstützungskasse zu fließen.

Die Uebereinsendung des Lohnzettels an den Arbeiter hat mit dem betreffenden Vordruck, der bis zur Drucklegung von den Werksverwaltungen selbst hergestellt werden muß, zu erfolgen.“

Knappschaffsältestenkommission Essen.

Sonntag, den 3. April, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Essen, Kasanienallee: Quartalsitzung. Eschneider aller Belieben ist bringend erforderlich.

GEG Kautabak
aus Deinem Konsumverein
Nichts ist würziger!

Gegen mein Bungenleiden
nehme ich seit 6 Monaten die unergleichen Silbaskolin-Tabletten mit sehr gutem Erfolg. — Besserer Appetit, Zunahme des Körpergewichtes, rasche Besserung des Blutes, Husten und Auswurf ganz minimal. Sehr große Hoffnung auf Silbaskolin. R. B. in W. Durch das ärztlich empfohlene Silbaskolin kann der Hoffung vieler Bungenleiden, Asthma, Bronchitis erfüllt werden. — Das mit 80 Tabletten Mk. 2,70 in allen Apotheken, bestimmt: Apotheke München (85) 2 M. Broschüre gratis.

Billige böhmische Bettfedern
Nur reine gutfüllende Sorten.
1. Klasse: graue gefüllte Art. 2,50, halbweiße Art. 3.—, weiße Art. 4.—, bessere Art. 5.—, u. 6.—, haarmenige Art. 7.—, u. 8.—, beste Sorte Art. 10.—, u. 12.—, weiße ungefüllte Stupfedern Art. 6,50 u. 7,50, beste Sorte Art. 9,50
Versand portofrei, tollfrei, gegen Nachnahme. Käufer frei Umtausch und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachtel, Sobos 209
bei Bilfen in Böhmen.

Thüringer Goldglöckchen,
die früheste, gelbfleisch. Delikatess- u. Salat-Kartoffel.

Goldglöckchen ist nicht nur die früheste, sondern auch in Qualität und Aussehen die allererste Speisekartoffel. Goldglöckchen übertrifft in jeder Beziehung die Holländer Ersteling durch frühe Reife, Güte und höchste Erträge (1 Morgen keine Seltenheit). Goldglöckchen eignet sich zum Ankeimen und gedeiht auf allen Böden.

Die im vorigen Jahre von Ihnen bezogenen Thüringer Goldglöckchen sind zu meiner größten Zufriedenheit ausgefallen. Von 25 kg Russaal erntete ich ca. 20 Ztr. Ich sowie meine Nachbarn waren über einen derartigen Ertrag erstaunt.
Peter Lütjesfeld, Beide (Rheinlprov.)

Da ich vor zwei Jahren von Ihnen 25 Pfund Thüringer Goldglöckchen bezog und diese im Ertrag und Geschmack alles übertrafen, durchweg Slouden von 30—35 große Knollen.
Glaus Bissfeld, Issum 356 (Niederrhein)

1 Ztr. 10.— M., 1/2 Ztr. 5,50 M., 1/4 Ztr. 3,30 M., 10 Pfd. Postack 1,70 M. Versand bei frostfreiem Wetter. — Auf alle Aufträge, die auf diese Anzeige innerhalb 8 Tagen eingehen, gewähre ich 10% Rabatt. — Preisliste kostenlos.

A. Siegfried, Grossfahner-Erfurt 551
Thüringer landwirtschaftl. Zentral-Saatstelle — Samenkulturen

Diakon Herzog ab Fabrik verbilligt!
Über eine Million Musikfreunde fanden unser Angebot preiswert u. kaufte 100.000 von Dankschreiben beweisen unsere besondere Leistungsfähigkeit.

Überall direkt im Handel

Flügel	1200.—
Orgel	1000.—
Clavier	800.—
Harmonium	600.—
Viola	400.—
Violoncello	300.—
Blasinstrumente	200.—
Stimmgerät	100.—
Reinigungsapparat	50.—
Reparaturkosten	10.—

Größeres Musikinstrumentenverlagsges. Deutschlands
Meinels Herold Klingenthal S. N. 146
Musikinstrumente, Musikchemie und Harmonikfabrik
Verlangen Sie sofort unseren Hauptkatalog! Zusendung kostenfrei!

Edel-Kanarien
wirklich keine Sänger der berühmten Harzer Meisterschule, M. 7.— und höher. Vorgesung, Zucht, Käfige, Futter, Vogelzucht, Hochinteress. Preis mit wertv. Anregungen kostenlos.
Großzucht Heydarsch, Bad Suederode 15, Harz

Über 650.000 Dialith Haarfarbepommes
im Gebrauch

gel. gelb. Rott. „Hoffers“ färbt jedes oder graues Haar in allen gewünschten Nuancen vollständig. Besteht im Brief aus 3. (Hoffers), 5. (Hoffers), 7. (Hoffers), 9. (Hoffers), 11. (Hoffers), 13. (Hoffers), 15. (Hoffers), 17. (Hoffers), 19. (Hoffers), 21. (Hoffers), 23. (Hoffers), 25. (Hoffers), 27. (Hoffers), 29. (Hoffers), 31. (Hoffers), 33. (Hoffers), 35. (Hoffers), 37. (Hoffers), 39. (Hoffers), 41. (Hoffers), 43. (Hoffers), 45. (Hoffers), 47. (Hoffers), 49. (Hoffers), 51. (Hoffers), 53. (Hoffers), 55. (Hoffers), 57. (Hoffers), 59. (Hoffers), 61. (Hoffers), 63. (Hoffers), 65. (Hoffers), 67. (Hoffers), 69. (Hoffers), 71. (Hoffers), 73. (Hoffers), 75. (Hoffers), 77. (Hoffers), 79. (Hoffers), 81. (Hoffers), 83. (Hoffers), 85. (Hoffers), 87. (Hoffers), 89. (Hoffers), 91. (Hoffers), 93. (Hoffers), 95. (Hoffers), 97. (Hoffers), 99. (Hoffers), 101. (Hoffers), 103. (Hoffers), 105. (Hoffers), 107. (Hoffers), 109. (Hoffers), 111. (Hoffers), 113. (Hoffers), 115. (Hoffers), 117. (Hoffers), 119. (Hoffers), 121. (Hoffers), 123. (Hoffers), 125. (Hoffers), 127. (Hoffers), 129. (Hoffers), 131. (Hoffers), 133. (Hoffers), 135. (Hoffers), 137. (Hoffers), 139. (Hoffers), 141. (Hoffers), 143. (Hoffers), 145. (Hoffers), 147. (Hoffers), 149. (Hoffers), 151. (Hoffers), 153. (Hoffers), 155. (Hoffers), 157. (Hoffers), 159. (Hoffers), 161. (Hoffers), 163. (Hoffers), 165. (Hoffers), 167. (Hoffers), 169. (Hoffers), 171. (Hoffers), 173. (Hoffers), 175. (Hoffers), 177. (Hoffers), 179. (Hoffers), 181. (Hoffers), 183. (Hoffers), 185. (Hoffers), 187. (Hoffers), 189. (Hoffers), 191. (Hoffers), 193. (Hoffers), 195. (Hoffers), 197. (Hoffers), 199. (Hoffers), 201. (Hoffers), 203. (Hoffers), 205. (Hoffers), 207. (Hoffers), 209. (Hoffers), 211. (Hoffers), 213. (Hoffers), 215. (Hoffers), 217. (Hoffers), 219. (Hoffers), 221. (Hoffers), 223. (Hoffers), 225. (Hoffers), 227. (Hoffers), 229. (Hoffers), 231. (Hoffers), 233. (Hoffers), 235. (Hoffers), 237. (Hoffers), 239. (Hoffers), 241. (Hoffers), 243. (Hoffers), 245. (Hoffers), 247. (Hoffers), 249. (Hoffers), 251. (Hoffers), 253. (Hoffers), 255. (Hoffers), 257. (Hoffers), 259. (Hoffers), 261. (Hoffers), 263. (Hoffers), 265. (Hoffers), 267. (Hoffers), 269. (Hoffers), 271. (Hoffers), 273. (Hoffers), 275. (Hoffers), 277. (Hoffers), 279. (Hoffers), 281. (Hoffers), 283. (Hoffers), 285. (Hoffers), 287. (Hoffers), 289. (Hoffers), 291. (Hoffers), 293. (Hoffers), 295. (Hoffers), 297. (Hoffers), 299. (Hoffers), 301. (Hoffers), 303. (Hoffers), 305. (Hoffers), 307. (Hoffers), 309. (Hoffers), 311. (Hoffers), 313. (Hoffers), 315. (Hoffers), 317. (Hoffers), 319. (Hoffers), 321. (Hoffers), 323. (Hoffers), 325. (Hoffers), 327. (Hoffers), 329. (Hoffers), 331. (Hoffers), 333. (Hoffers), 335. (Hoffers), 337. (Hoffers), 339. (Hoffers), 341. (Hoffers), 343. (Hoffers), 345. (Hoffers), 347. (Hoffers), 349. (Hoffers), 351. (Hoffers), 353. (Hoffers), 355. (Hoffers), 357. (Hoffers), 359. (Hoffers), 361. (Hoffers), 363. (Hoffers), 365. (Hoffers), 367. (Hoffers), 369. (Hoffers), 371. (Hoffers), 373. (Hoffers), 375. (Hoffers), 377. (Hoffers), 379. (Hoffers), 381. (Hoffers), 383. (Hoffers), 385. (Hoffers), 387. (Hoffers), 389. (Hoffers), 391. (Hoffers), 393. (Hoffers), 395. (Hoffers), 397. (Hoffers), 399. (Hoffers), 401. (Hoffers), 403. (Hoffers), 405. (Hoffers), 407. (Hoffers), 409. (Hoffers), 411. (Hoffers), 413. (Hoffers), 415. (Hoffers), 417. (Hoffers), 419. (Hoffers), 421. (Hoffers), 423. (Hoffers), 425. (Hoffers), 427. (Hoffers), 429. (Hoffers), 431. (Hoffers), 433. (Hoffers), 435. (Hoffers), 437. (Hoffers), 439. (Hoffers), 441. (Hoffers), 443. (Hoffers), 445. (Hoffers), 447. (Hoffers), 449. (Hoffers), 451. (Hoffers), 453. (Hoffers), 455. (Hoffers), 457. (Hoffers), 459. (Hoffers), 461. (Hoffers), 463. (Hoffers), 465. (Hoffers), 467. (Hoffers), 469. (Hoffers), 471. (Hoffers), 473. (Hoffers), 475. (Hoffers), 477. (Hoffers), 479. (Hoffers), 481. (Hoffers), 483. (Hoffers), 485. (Hoffers), 487. (Hoffers), 489. (Hoffers), 491. (Hoffers), 493. (Hoffers), 495. (Hoffers), 497. (Hoffers), 499. (Hoffers), 501. (Hoffers), 503. (Hoffers), 505. (Hoffers), 507. (Hoffers), 509. (Hoffers), 511. (Hoffers), 513. (Hoffers), 515. (Hoffers), 517. (Hoffers), 519. (Hoffers), 521. (Hoffers), 523. (Hoffers), 525. (Hoffers), 527. (Hoffers), 529. (Hoffers), 531. (Hoffers), 533. (Hoffers), 535. (Hoffers), 537. (Hoffers), 539. (Hoffers), 541. (Hoffers), 543. (Hoffers), 545. (Hoffers), 547. (Hoffers), 549. (Hoffers), 551. (Hoffers), 553. (Hoffers), 555. (Hoffers), 557. (Hoffers), 559. (Hoffers), 561. (Hoffers), 563. (Hoffers), 565. (Hoffers), 567. (Hoffers), 569. (Hoffers), 571. (Hoffers), 573. (Hoffers), 575. (Hoffers), 577. (Hoffers), 579. (Hoffers), 581. (Hoffers), 583. (Hoffers), 585. (Hoffers), 587. (Hoffers), 589. (Hoffers), 591. (Hoffers), 593. (Hoffers), 595. (Hoffers), 597. (Hoffers), 599. (Hoffers), 601. (Hoffers), 603. (Hoffers), 605. (Hoffers), 607. (Hoffers), 609. (Hoffers), 611. (Hoffers), 613. (Hoffers), 615. (Hoffers), 617. (Hoffers), 619. (Hoffers), 621. (Hoffers), 623. (Hoffers), 625. (Hoffers), 627. (Hoffers), 629. (Hoffers), 631. (Hoffers), 633. (Hoffers), 635. (Hoffers), 637. (Hoffers), 639. (Hoffers), 641. (Hoffers), 643. (Hoffers), 645. (Hoffers), 647. (Hoffers), 649. (Hoffers), 651. (Hoffers), 653. (Hoffers), 655. (Hoffers), 657. (Hoffers), 659. (Hoffers), 661. (Hoffers), 663. (Hoffers), 665. (Hoffers), 667. (Hoffers), 669. (Hoffers), 671. (Hoffers), 673. (Hoffers), 675. (Hoffers), 677. (Hoffers), 679. (Hoffers), 681. (Hoffers), 683. (Hoffers), 685. (Hoffers), 687. (Hoffers), 689. (Hoffers), 691. (Hoffers), 693. (Hoffers), 695. (Hoffers), 697. (Hoffers), 699. (Hoffers), 701. (Hoffers), 703. (Hoffers), 705. (Hoffers), 707. (Hoffers), 709. (Hoffers), 711. (Hoffers), 713. (Hoffers), 715. (Hoffers), 717. (Hoffers), 719. (Hoffers), 721. (Hoffers), 723. (Hoffers), 725. (Hoffers), 727. (Hoffers), 729. (Hoffers), 731. (Hoffers), 733. (Hoffers), 735. (Hoffers), 737. (Hoffers), 739. (Hoffers), 741. (Hoffers), 743. (Hoffers), 745. (Hoffers), 747. (Hoffers), 749. (Hoffers), 751. (Hoffers), 753. (Hoffers), 755. (Hoffers), 757. (Hoffers), 759. (Hoffers), 761. (Hoffers), 763. (Hoffers), 765. (Hoffers), 767. (Hoffers), 769. (Hoffers), 771. (Hoffers), 773. (Hoffers), 775. (Hoffers), 777. (Hoffers), 779. (Hoffers), 781. (Hoffers), 783. (Hoffers), 785. (Hoffers), 787. (Hoffers), 789. (Hoffers), 791. (Hoffers), 793. (Hoffers), 795. (Hoffers), 797. (Hoffers), 799. (Hoffers), 801. (Hoffers), 803. (Hoffers), 805. (Hoffers), 807. (Hoffers), 809. (Hoffers), 811. (Hoffers), 813. (Hoffers), 815. (Hoffers), 817. (Hoffers), 819. (Hoffers), 821. (Hoffers), 823. (Hoffers), 825. (Hoffers), 827. (Hoffers), 829. (Hoffers), 831. (Hoffers), 833. (Hoffers), 835. (Hoffers), 837. (Hoffers), 839. (Hoffers), 841. (Hoffers), 843. (Hoffers), 845. (Hoffers), 847. (Hoffers), 849. (Hoffers), 851. (Hoffers), 853. (Hoffers), 855. (Hoffers), 857. (Hoffers), 859. (Hoffers), 861. (Hoffers), 863. (Hoffers), 865. (Hoffers), 867. (Hoffers), 869. (Hoffers), 871. (Hoffers), 873. (Hoffers), 875. (Hoffers), 877. (Hoffers), 879. (Hoffers), 881. (Hoffers), 883. (Hoffers), 885. (Hoffers), 887. (Hoffers), 889. (Hoffers), 891. (Hoffers), 893. (Hoffers), 895. (Hoffers), 897. (Hoffers), 899. (Hoffers), 901. (Hoffers), 903. (Hoffers), 905. (Hoffers), 907. (Hoffers), 909. (Hoffers), 911. (Hoffers), 913. (Hoffers), 915. (Hoffers), 917. (Hoffers), 919. (Hoffers), 921. (Hoffers), 923. (Hoffers), 925. (Hoffers), 927. (Hoffers), 929. (Hoffers), 931. (Hoffers), 933. (Hoffers), 935. (Hoffers), 937. (Hoffers), 939. (Hoffers), 941. (Hoffers), 943. (Hoffers), 945. (Hoffers), 947. (Hoffers), 949. (Hoffers), 951. (Hoffers), 953. (Hoffers), 955. (Hoffers), 957. (Hoffers), 959. (Hoffers), 961. (Hoffers), 963. (Hoffers), 965. (Hoffers), 967. (Hoffers), 969. (Hoffers), 971. (Hoffers), 973. (Hoffers), 975. (Hoffers), 977. (Hoffers), 979. (Hoffers), 981. (Hoffers), 983. (Hoffers), 985. (Hoffers), 987. (Hoffers), 989. (Hoffers), 991. (Hoffers), 993. (Hoffers), 995. (Hoffers), 997. (Hoffers), 999. (Hoffers), 1001. (Hoffers), 1003. (Hoffers), 1005. (Hoffers), 1007. (Hoffers), 1009. (Hoffers), 1011. (Hoffers), 1013. (Hoffers), 1015. (Hoffers), 1017. (Hoffers), 1019. (Hoffers), 1021. (Hoffers), 1023. (Hoffers), 1025. (Hoffers), 1027. (Hoffers), 1029. (Hoffers), 1031. (Hoffers), 1033. (Hoffers), 1035. (Hoffers), 1037. (Hoffers), 1039. (Hoffers), 1041. (Hoffers), 1043. (Hoffers), 1045. (Hoffers), 1047. (Hoffers), 1049. (Hoffers), 1051. (Hoffers), 1053. (Hoffers), 1055. (Hoffers), 1057. (Hoffers), 1059. (Hoffers), 1061. (Hoffers), 1063. (Hoffers), 1065. (Hoffers), 1067. (Hoffers), 1069. (Hoffers), 1071. (Hoffers), 1073. (Hoffers), 1075. (Hoffers), 1077. (Hoffers), 1079. (Hoffers), 1081. (Hoffers), 1083. (Hoffers), 1085. (Hoffers), 1087. (Hoffers), 1089. (Hoffers), 1091. (Hoffers), 1093. (Hoffers), 1095. (Hoffers), 1097. (Hoffers), 1099. (Hoffers), 1101. (Hoffers), 1103. (Hoffers), 1105. (Hoffers), 1107. (Hoffers), 1109. (Hoffers), 1111. (Hoffers), 1113. (Hoffers), 1115. (Hoffers), 1117. (Hoffers), 1119. (Hoffers), 1121. (Hoffers), 1123. (Hoffers), 1125. (Hoffers), 1127. (Hoffers), 1129. (Hoffers), 1131. (Hoffers), 1133. (Hoffers), 1135. (Hoffers), 1137. (Hoffers), 1139. (Hoffers), 1141. (Hoffers), 1143. (Hoffers), 1145. (Hoffers), 1147. (Hoffers), 1149. (Hoffers), 1151. (Hoffers), 1153. (Hoffers), 1155. (Hoffers), 1157. (Hoffers), 1159. (Hoffers), 1161. (Hoffers), 1163. (Hoffers), 1165. (Hoffers), 1167. (Hoffers), 1169. (Hoffers), 1171. (Hoffers), 1173. (Hoffers), 1175. (Hoffers), 1177. (Hoffers), 1179. (Hoffers), 1181. (Hoffers), 1183. (Hoffers), 1185. (Hoffers), 1187. (Hoffers), 1189. (Hoffers), 1191. (Hoffers), 1193. (Hoffers), 1195. (Hoffers), 1197. (Hoffers), 1199. (Hoffers), 1201. (Hoffers), 1203. (Hoffers), 1205. (Hoffers), 1207. (Hoffers), 1209. (Hoffers), 1211. (Hoffers), 1213. (Hoffers), 1215. (Hoffers), 1217. (Hoffers), 1219. (Hoffers), 1221. (Hoffers), 1223. (Hoffers), 1225. (Hoffers), 1227. (Hoffers), 1229. (Hoffers), 1231. (Hoffers), 1233. (Hoffers), 1235. (Hoffers), 1237. (Hoffers), 1239. (Hoffers), 1241. (Hoffers), 1243. (Hoffers), 1245. (Hoffers), 1247. (Hoffers), 1249. (Hoffers), 1251. (Hoffers), 1253. (Hoffers), 1255. (Hoffers), 1257. (Hoffers), 1259. (Hoffers), 1261. (Hoffers), 1263. (Hoffers), 1265. (Hoffers), 1267. (Hoffers), 1269. (Hoffers), 1271. (Hoffers), 1273. (Hoffers), 1275. (Hoffers), 1277. (Hoffers), 1279. (Hoffers), 1281. (Hoffers), 1283. (Hoffers), 1285. (Hoffers), 1287. (Hoffers), 1289. (Hoffers), 1291. (Hoffers), 1293. (Hoffers), 1295. (Hoffers), 1297. (Hoffers), 1299. (Hoffers), 1301. (Hoffers), 1303. (Hoffers), 1305. (Hoffers), 1307. (Hoffers), 1309. (Hoffers), 1311. (Hoffers), 1313. (Hoffers), 1315. (Hoffers), 1317. (Hoffers), 1319. (Hoffers), 1321. (Hoffers), 1323. (Hoffers), 1325. (Hoffers), 1327. (Hoffers), 1329. (Hoffers), 1331. (Hoffers), 1333. (Hoffers), 1335. (Hoffers), 1337. (Hoffers), 1339. (Hoffers), 1341. (Hoffers), 1343. (Hoffers), 1345. (Hoffers), 1347. (Hoffers), 1349. (Hoffers), 1351. (Hoffers), 1353. (Hoffers), 1355. (Hoffers), 1357. (Hoffers), 1359. (Hoffers), 1361. (Hoffers), 1363. (Hoffers), 1365. (Hoffers), 13